

Die Stadt gehört allen!

Programmwurf der Partei DIE LINKE. Leipzig für die Kommunalwahl 2019

Stand vom 3. Oktober 2018

Einreicher: Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig

Präambel

Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,¹

am 26. Mai 2019 finden die Wahlen zum Leipziger Stadtrat und zu den Ortschaftsräten statt. Sie haben damit erneut die Chance, darüber zu entscheiden, wie sich unsere Stadt in den nächsten Jahren entwickelt. DIE LINKE ist eine alternative, bürgernahe Gestaltungspartei mit Ratsmitgliedern, die aus der Mitte der Stadtgesellschaft kommen und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger genau kennen. Mit diesem Anspruch laden wir Sie herzlich ein, das vorliegende Wahlprogramm kritisch zu prüfen und mit uns gemeinsam die Zukunft Leipzigs zu gestalten. Unsere Vorstellungen für eine soziale und solidarische Stadt im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gründen auf einem realistischen und finanzierbaren Konzept. Unsere humanistischen Werte sind soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, solidarisches Miteinander, Weltoffenheit und ökologische Nachhaltigkeit. Auf dieser Grundlage unterbreitet DIE LINKE ein in sich geschlossenes, in die Zukunft weisendes Wahlprogramm, das die Herausforderungen, vor denen die Stadt Leipzig insgesamt steht, in den Blick nimmt und Lösungen anbietet. Ihre Stimme für unsere Partei lohnt sich. Unsere Bilanz der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode von 2014-2019 kann sich sehen lassen: mit mehr als 130 Anträgen und nahezu 300 Anfragen ist die Linksfraktion die aktivste im Leipziger Stadtrat. Mit vielfältigen Initiativen haben wir uns für eine soziale, demokratische, kulturelle und nachhaltige Entwicklung Leipzigs stark gemacht. Zu einem unserer größten Erfolge gehört sicherlich der Stopp der Preisspirale für den ÖPNV in Leipzig. Dank unserer Initiative werden die Ticketpreise in den Jahren 2019 und 2020 stabil bleiben. Im Zusammenwirken mit unseren beiden Bürgermeistern konnten wir viele Vorhaben erfolgreich umsetzen, wie z. B. die weitere Sanierung der Musikalischen Komödie, den Ausbau von Sportstätten und den Erhalt öffentlichen Eigentums. Wir haben uns erfolgreich für den Stopp des Verkaufs kommunaler Liegenschaften zur Haushaltsanierung eingesetzt. Ohne uns würde es weder eine Gästetaxe als sozial verträgliche Einnahmequelle für die Stadt noch zusätzlich 100 Millionen Euro für Schulbau geben. Zu unseren wichtigen in der zu Ende gehenden Wahlperiode energisch verfochtenen Anliegen zählte der Bürgerentscheid zum Einheits- und Freiheitsdenkmal oder die rechtliche Gleichstellung der Stadtbezirksbeiräte gegenüber den Ortschaftsräten. Leider gelang es nicht, im Stadtrat dafür fraktionsübergreifend die erforderlichen politischen Mehrheiten zu mobilisieren.

¹ Auch wenn wir im Text von „Leipzigerinnen und Leipziguern“ oder „Erzieherinnen und Erziehern“ usw. schreiben, erkennen wir selbstverständlich alle anderen Geschlechter, die sich nicht in das vorherrschende gesellschaftliche Modell der zwei Geschlechter „Frau“ und „Mann“ einordnen, an. Im Sinne der besseren Lesbarkeit im Wahlprogramm haben wir uns für die obige Schreibweise entschieden.

34 In der nächsten Wahlperiode bleibt für eine starke LINKE viel zu tun, denn die oft geäußerte
35 Feststellung, Leipzig sei eine wachsende Stadt, appelliert an ein Lebensgefühl, ist aber noch kein
36 politisches Konzept. Das rasante Wachstum Leipzigs bringt nämlich auch gravierende Probleme mit
37 sich, insbesondere beim Ausbau der sozialen und kommunalen Infrastruktur wie Kita, Öffentlicher
38 Personennahverkehr (ÖPNV), Schulen, Straßenerhaltung, Verwaltung, Wohnungen usw. Parallel
39 steht Leipzig vor gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wie der Integration von Geflüchteten,
40 den auch 30 Jahre nach der Wende spürbaren Unterschieden zwischen Ost und West, der
41 zunehmenden Aushöhlung der Demokratie oder der fortschreitenden Digitalisierung. Auch in
42 Leipzig spüren viele Menschen, die Verhältnisse im neoliberalen Kapitalismus werden rauer.
43 Ohnmachtsgefühle und Ratlosigkeit auf der einen, Wut und Aggressionen auf der anderen Seite,
44 nehmen in Teilen der Stadtgesellschaft zu. Dieser Stimmungswandel wird von völkisch-autoritären
45 Kräften aufgegriffen und instrumentalisiert, ein politischer Rechtsruck ist die Folge. Damit steht DIE
46 LINKE als antifaschistische Partei, die allen Formen von Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit,
47 Demokratieverachtung, Homophobie, Neonazismus und Rassismus konsequent entgegentritt, vor
48 großen Herausforderungen.

49 Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre und dem damit verbundenen Rückgang der
50 Arbeitslosigkeit gewann Leipzig weit über die Landesgrenzen enorm an Attraktivität – nicht nur der
51 Zuzug und der damit verbundene massive Bevölkerungsanstieg zeugen davon. Doch nicht alle
52 haben in gleichem Maße von dieser positiven Entwicklung profitiert. Viele Menschen, darunter auch
53 zahlreiche Alleinerziehende, leben nach wie vor unter prekären Bedingungen. Die Einkommen der
54 meisten Leipzigerinnen und Leipziger hinken immer noch deutlich vergleichbaren Städten im
55 Westen hinterher – neben Dortmund ist Leipzig weiterhin die bundesdeutsche Großstadt mit der
56 höchsten Armutsquote (ca. 22 Prozent der Bevölkerung). Darüber hinaus arbeitet rund ein Drittel
57 der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – davon ein Großteil Frauen – im Niedriglohnssektor.
58 Kinderarmut und ansteigende Altersarmut sind bittere Realität in unserer Stadt.
59 DIE LINKE kämpft energisch für eine angemessene Würdigung der Lebensleistung aller Menschen –
60 nicht nur in Worten, sondern tatsächlich für jedermann erreichbar und überprüfbar. Die soziale
61 Spaltung der Stadtgesellschaft und deren aktive Bekämpfung ist das zentrale Thema für uns. Hier
62 setzt unsere Politik an. Dabei wissen wir, dass die finanzielle Basis Leipzigs begrenzt und weiterhin
63 sehr stark von den Rahmenbedingungen in der EU, im Bund und im Land abhängig ist. Um eine
64 zukunftsfähige Infrastruktur und die kommunale Daseinsvorsorge auch für die folgenden
65 Generationen zu gewährleisten, sind daher sowohl Veränderungen dieser Finanzbeziehungen als
66 auch der städtischen Haushaltspolitik notwendig. Insbesondere die einseitige Entschuldungspolitik
67 durch die Rathausspitze muss aufgegeben und in der Investitionspolitik erheblich umgesteuert
68 werden, um diese Ziele zu erreichen.

69 Dieses Kommunalwahlprogramm versteht sich nicht nur als Wahl-, sondern auch als
70 Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat. Es orientiert sich an der sozialen
71 Teilhabe und am weiteren Fortschritt der Lebensqualität für alle Leipzigerinnen und Leipziger. Es ist
72 ebenso realistisch wie anspruchsvoll und wendet sich ausdrücklich auch an die Menschen, denen
73 nach vielen unbefriedigenden Entwicklungen der letzten Jahre der Schwung eines lohnenden
74 Engagements und der Mut zu herangereiften Veränderungen zurückgegeben werden soll. Denn die
75 Stadt gehört allen!

76 **1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit**

77 Linke Kommunalpolitik kann auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wichtige Impulse geben
78 und Weichen zum notwendigen Umsteuern stellen. Die wesentlichen politischen Entscheidungen
79 fallen jedoch auf der Landes-, Bundes- und europapolitischen Ebene. Aber wir können den
80 kommunalpolitischen Handlungsspielraum nutzen, um in unserer Stadt andere politische
81 Entscheidungen zu treffen.

82 Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Kampf um eine andere Verteilung des
83 gesellschaftlichen Reichtums, um gute Arbeitsbedingungen, armutsfeste Löhne und Renten wird vor
84 allem durch die Erwerbstätigen selbst und ihre Gewerkschaften vorangetrieben.

85 Trotz des deutlichen Rückgangs bei den offiziellen Arbeitslosenzahlen in Leipzig beeinträchtigen
86 Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und unfreiwillige Teilzeitarbeit die Einkommenssituation,
87 die materielle Absicherung und Lebensplanung der Betroffenen. Und dies schwächt auch die
88 Kaufkraft und das Steueraufkommen.

89 **1.1. Gute Arbeit – gute Löhne, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung, prekäre** 90 **Beschäftigung zurückdrängen**

91 Um unsichere Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu
92 reduzieren, kommt der Stadt Leipzig und ihren Eigenbetrieben und Unternehmen eine besondere
93 Rolle zu. Zum einen für die dort Beschäftigten, zum anderen als wichtiger Auftraggeber im
94 regionalen Wirtschaftskreislauf kann sie direkt für diese Ziele tätig werden bzw. mittelbar deren
95 Durchsetzung zu einem Kriterium machen.

96 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 97 • die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt,
98 auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen
- 99 • eine Tarifbindung, wo sie noch nicht existiert
- 100 • die Ersetzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch
101 reguläre Arbeitsverhältnisse; Teilzeitbeschäftigten ist die Rückkehr in
102 Vollzeitverhältnisse zu ermöglichen
- 103 • den Erhalt und Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den
104 kommunalen Gesellschaften
- 105 • die Bildung eines Ausbildungsverbands der Stadt, der kommunalen Eigenbetriebe und
106 Gesellschaften für die Ausbildung in Kammerberufen
- 107 • die Förderung der Zusammenarbeit mit kleinen Unternehmen in der Stadt in der
108 Berufsausbildung
- 109 • Chancengleichheit bei der Vergabe von geeigneten Ausbildungsplätzen für Abgänger aller
110 Schulformen
- 111 • die Entwicklung eines Leipziger Gütesiegels „Faire Arbeit – faire Ausbildung“ mit den
112 Kammern und Gewerkschaften
- 113 • die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit
114 sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen, unter
115 Einbeziehung des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf
- 116 • die konsequente Nutzung von Mitteln aus dem Programm „JobPerspektive Sachsen“ für die
117 Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt

- 118 • die Entsendung von Mitgliedern des Stadtrats in die Trägerversammlung des Jobcenters zur
119 stärkeren Einbindung in die Verantwortung für dieses Politikfeld
- 120 • die Einhaltung aller Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei
121 öffentlichen Aufträgen
- 122 • die Berücksichtigung sämtlicher Kosten während der kompletten Nutzungsdauer des
123 Produkts oder Dienstleistungen und die Verpflichtung der Bieterinnen und Bieter,
124 anerkannte Umwelt-Gütezeichen vorzulegen.

125 **1.2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen**

126 Wir wollen, dass die Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit dazu dienen, die Teilhabe aller am
127 gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und der Stadt die notwendigen Einnahmen für die
128 Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Dazu soll die eigene Wirtschaftskraft gestärkt
129 werden. Zu ihrer Zukunftsfähigkeit gehören qualifizierte Bildung, Ausbildung und Weiterbildung und
130 eine leistungsfähige Daseinsvorsorge ebenso wie die öffentliche Infrastruktur und Verwaltung.

131 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 132 • die Entwicklung der Kooperation vor allem in der Region Leipzig-Halle-Jena-Gera und die
133 Stärkung dieser Metropolregion Mitteldeutschland
- 134 • eine Vereinbarung mit allen Beteiligten in der Region über gemeinsame ökologische und
135 soziale Kriterien z. B. bei künftigen Neuansiedlungen
- 136 • die regelmäßige Überprüfung der bisher praktizierten Netzwerk-Strategie (Cluster),
137 insbesondere unter dem Aspekt, was sie zur Stärkung lokal und regional verankerter
138 Unternehmen und Betriebe beiträgt
- 139 • mehr Theorie-Praxis-Vereinbarungen in den Clustern Energie und Umwelttechnik,
140 Gesundheitswirtschaft und Medien- und Kreativwirtschaft sowie zwischen
141 wissenschaftlichen Einrichtungen und ortsansässigen Betrieben, insbesondere kommunalen
142 Unternehmen
- 143 • die Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer, gestiftet mit Erlösen aus dem
144 Verkauf kommunaler Beteiligungen, die stärker ökologische und soziale Nachhaltigkeit der
145 geförderten Projekte zum Vergabekriterium machen sollte
- 146 • die gezielte Förderung neuer Betriebe, auch auf genossenschaftlicher Grundlage, durch
147 Beratung und die Vergabe von Zuschüssen und Krediten
- 148 • die Förderung des regionalen Mittelstandes durch die Bildung von kleineren Losgrößen bei
149 Investitionen und Auftragsvergaben
- 150 • die Abwicklung öffentlicher Aufträge durch die Verwaltung; diese muss so organisiert
151 werden, dass kleinere Betriebe nicht in Liquiditätsengpässe geraten
- 152 • die Unterstützung von Betriebsübernahmen vor allem im Handwerk durch fachlich geeignete
153 Nachwuchskräfte; notwendige Nachqualifizierungen werden durch die Wirtschaftsförderung
154 in Zusammenarbeit mit den Kammern gefördert
- 155 • die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Förderung von
156 Unternehmensansiedlungen
- 157 • die ausschließlich friedliche Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle und ein generelles
158 Nachtflugverbot.

159 **1.3. Solide kommunale Unternehmen als Garanten zuverlässiger Infrastruktur und**
160 **Daseinsvorsorge**

161 Leistungsfähige kommunale Unternehmen sind Garanten einer zuverlässigen öffentlichen
162 Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Die in der kommunalen Management-Holding Leipziger
163 Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) zusammengefassten drei Unternehmen Leipziger
164 Stadtwerke, Leipziger Verkehrsbetriebe und Leipziger Wasserwerke sowie die Leipziger
165 Wohnungsbaugesellschaft (LWB) und die Stadtreinigung Leipzig ermöglichen auch für die Zukunft
166 Versorgungssicherheit in den Bereichen Wohnen, Energie, Wasser, Abwasser, Abfallentsorgung und
167 Verkehr. Wir erwarten bei der Erfüllung dieser Aufgaben Ressourcenschonung durch Minimierung
168 von Rohstoff- und Energieeinsatz und die Verwendung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer
169 Energien.

170 Wir stehen deshalb weiterhin für den Erhalt und den Ausbau kommunalen Eigentums, der
171 öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge.

172 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 173 • die Rekommunalisierung (teil)privatisierter Unternehmen und Einrichtungen, die für
174 die öffentliche Infrastruktur von Bedeutung sind, wie zum Beispiel Abfalllogistik Leipzig
- 175 • Investitionen in die Infrastruktur der Stadt in öffentlicher Hand; Öffentlich-Private
176 Partnerschaften lehnen wir ab.

177 **1.4. Zukunft finanzieren durch solides Haushalten**

178 Untrennbar verknüpft mit der wachsenden Großstadt sind die von der Verwaltung bisher nicht
179 bezifferbaren finanziellen Herausforderungen, darunter der Abbau des milliarden schweren
180 Investitionsstaus. Dieser umfasst allein bei den Stadt-, Wasser - und Verkehrsbetrieben ein
181 geschätztes Volumen von 3,6 Mrd. Euro bis 2030. Nicht nur darum wird Leipzig seine Finanzpolitik
182 entscheidend ändern müssen. Ein weiterer Grund: zwar stiegen in den letzten Jahren (2012-2016)
183 die Steuereinnahmen um ca. 185 Mio. Euro auf ca. 604 Mio. Euro, allerdings wuchsen die
184 Aufwendungen im Vergleichszeitraum mit 265 Mio. Euro erheblich schneller. Damit wird Leipzig
185 auch in Zukunft von steigenden finanziellen Transferleistungen abhängig bleiben.

186 Unverzichtbar sind deshalb radikale Änderungen in der Zuweisungspolitik des Freistaates Sachsen
187 an die Kommunen. Es ist z. B. nicht hinzunehmen, dass seit Jahren das Land die Fördermittel der
188 Europäischen Union für die Stadtentwicklung sowie die Bundeszuweisungen für den Nahverkehr
189 und für den Ausbau von Kindertagesstätten nur gekürzt an die Kommunen weiterreicht; in den
190 vergangenen Jahren wurden durchschnittlich weniger als 10 Prozent der Kitabauinvestitionen durch
191 Fördermittel abgedeckt. Leipzig muss alle Kräfte einsetzen, um zu verhindern, dass der Freistaat
192 auf Kosten der Kommunen seinen Entschuldungskurs fortsetzt und sich auch auf Kosten des
193 Haushaltes der Stadt saniert.

194 Sofern Bund und Land ihrer Aufgabe der ausreichenden Finanzierung der Kommunen weiterhin
195 nicht nachkommen, muss zugleich die Verwaltungsspitze ihre kurzsichtige Entschuldungspolitik
196 hinsichtlich der beschlossenen und künftig notwendigen Investitionen u.a. in Schulen, Kitas und
197 öffentlichen Nahverkehr aufgeben. Diese führte und führt zur Bevorzugung von Investorenmodellen
198 mit unkündbaren 25-jährigen Mietverträgen beispielsweise im Kitabau und damit zwangsläufig zu
199 Kosten bis in dreifacher Höhe im Vergleich zum Eigenbau. Hier fordern wir eine grundsätzliche
200 Kurskorrektur der Verwaltung für mehr Generationengerechtigkeit. Dabei ist besonders wichtig,
201 dass in der Verwaltung die Voraussetzungen geschaffen werden, nicht nur wie bisher jährliche
202 Investitionen in Höhe von etwa 180 Mio. Euro, sondern ein geplantes Investitionsvolumen von

203 durchschnittlich 250 Mill. Euro (Haushalt 2017/18) zuzüglich der nicht umgesetzten Investitionen
204 aus den Vorjahren in Höhe von 300 Mill. Euro zu realisieren. Dafür fordern wir ausreichendes
205 Personal und zukunftsfähige Strukturen. Nur so ist solide Haushaltspolitik möglich, an der wir auch
206 künftig festhalten.

207 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 208 • die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem
209 geltenden Grundsatz: wird eine Leistung durch den Gesetzgeber bei der Kommune bestellt,
210 ist diese von dort im vollen Umfang zu bezahlen
- 211 • eine transparente städtische Haushaltspolitik unter aktiver Mitwirkung der Bürgerschaft, z.
212 B. durch Einführung eines tatsächlichen Bürgerhaushaltes
- 213 • den Vorrang der Eigeninvestition vor Investorenmodellen mit langfristigen, unkündbaren
214 Mietverträgen; Investitionen durch Dritte nur im begründeten Ausnahmefall
- 215 • die Einführung eines dezernats- und ämterübergreifenden Fördermittelmanagements, um
216 dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren und die Vergabe der knappen
217 Mittel strategisch sinnvoll und effektiv zu gestalten
- 218 • den vehementen Einsatz der Verwaltungsspitze, unter Ausschöpfung aller rechtlichen
219 Möglichkeiten, für eine gerechte Mittelzuweisung des Freistaates Sachsen an Leipzig
- 220 • eine Investitionspolitik und ihre Einzelmaßnahmen, die durch die notwendigen personellen
221 und strukturellen Voraussetzungen auch umgesetzt werden kann; das schließt verlässliche
222 Planzahlen für die Höhe der Investitionen ein.

223 **2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben**

224 Für DIE LINKE gehört der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu den
225 unverwechselbaren Grundwerten. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre ist
226 Leipzig im bundesweiten Vergleich weiterhin eine Armutshochburg, viele Menschen leben hier unter
227 prekären Bedingungen. Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft vertieft sich laut dem Leipziger
228 Sozialreport 2017. Damit untrennbar verknüpft sind Folgewirkungen wie beispielsweise die
229 kontinuierlich steigenden Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung. Signifikant ist auch der direkte
230 Zusammenhang zwischen einer hohen Quote an Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und
231 Einkommensarmut mit dem deutlich geringen Anteil für gymnasiale Bildungsempfehlungen. Nach
232 Instrumenten und Handlungskonzepten zur Gegensteuerung sucht man oft vergeblich, wobei wir
233 wissen, dass die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten durch die vorherrschende neoliberale
234 Bundes- und Landespolitik begrenzt sind. Gerade deshalb brauchen wir in Leipzig eine nachhaltige
235 Sozialpolitik, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird und insbesondere freie
236 Träger angemessen fördert.

237 **2.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht**

238 Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Leipzigerinnen und Leipziger richten und sie so in
239 das Streben nach einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft einbeziehen. In diesem
240 umfassenden Sinne verstehen wir Sozialpolitik nicht bloß als Reparaturbereich für prekäre
241 Lebenslagen, Existenznöte oder soziale Konflikte. Auch wer über ein gutes Einkommen verfügt, darf
242 sich nicht abschotten und sollte an einer Stadt interessiert sein, die endlich das Stigma der
243 sächsischen Armutshauptstadt ablegen kann.

244 Die LINKE tritt vor allem für Menschen ein, die gegenwärtig am Rande unserer Gesellschaft leben
245 müssen und deren Lage sich in den letzten Jahren nicht oder kaum verbessert hat. Wesentlich dafür
246 verantwortlich sind nach wie vor die unsäglichen Hartz IV-Regelungen, die dringend abgeschafft
247 werden müssen, auch wenn das nur per Bundesgesetz geht. Viele der Betroffenen haben sich
248 zurückgezogen. Wir möchten gerade diese Menschen ermutigen, ihre Resignation zu überwinden,
249 um den Druck für notwendige politische Veränderungen zu erhöhen.

250 Es ist unübersehbar: die Zahl der in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten wächst. Nicht
251 nur Geflüchtete, sondern vor allem Menschen aus EU-Staaten und Familienangehörige von bereits
252 hier lebenden Migrantinnen und Migranten finden den Weg, um in unserer zunehmend bunteren
253 Stadt zu leben. Diese Entwicklung stellt sowohl Chance als Herausforderung dar. Migrantinnen und
254 Migranten sind in vielen Fällen stärker von Armut, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen.
255 Ziel muss es sein, Barrieren und Hemmnisse abzubauen und ein friedliches, vielfältiges
256 Zusammenleben aller Menschen in der Stadt zu ermöglichen.

257 Wir setzen uns deshalb ein für:

- 258 • einen vom Freistaat Sachsen zu finanzierenden gerechten Sozillastenausgleich zwischen
259 den Regionen und Kommunen zur Überwindung der finanziellen Benachteiligung der Stadt
260 Leipzig, insbesondere gegenüber der Landeshauptstadt Dresden
- 261 • bezahlbare Versorgung (Strom, Gas, Heizung, Wasser usw.) auch für einkommensschwache
262 Haushalte
- 263 • eine Anhebung der Sockelfinanzierung und automatische Steigerung des Budgets für freie
264 Träger im Sozialbereich, insbesondere zur tarifgerechten Entlohnung der Beschäftigten und
265 zur Bekämpfung des Niedriglohnssektors

- 266 • Sicherung und weitere Ausgestaltung des Leistungsangebotes des Leipzig-Passes, u. a.
267 dessen Ausweitung auf Menschen im Niedriglohnbereich
- 268 • die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für SGBII-
269 Betroffene sowie Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei
270 Erwerbsminderung zur Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen
- 271 • die Weiterentwicklung des Sozialreports zu einer Sozialberichterstattung mit konkreter
272 Handlungs- und Zielperspektive für die Sozialpolitik
- 273 • Verbesserung der sozialen Integration der Geflüchteten in die Stadtgesellschaft durch mehr
274 dezentrale Sozialarbeit
- 275 • eine interkulturelle und familienpezifische Öffnung der städtischen Behörden,
276 Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen durch regelmäßige verpflichtende
277 Fortbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie entsprechende
278 Einstellungskriterien in der Stadtverwaltung (Fremdsprachenkenntnisse usw.).

279 **2.2. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche**

280 Leipzig muss seinem selbst gewählten Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein,
281 noch offensiver Rechnung tragen. Sehr erfreulich ist, dass seit Jahren deutlich mehr Kinder geboren
282 werden und junge Familien verstärkt ihren Wohnsitz in Leipzig nehmen. Daraus erwachsen unserer
283 Stadt jedoch vielfältige Herausforderungen, die in ihrer ganzen Vielfalt erkannt und bewältigt
284 werden müssen. Unser Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der
285 Einkommens- und Vermögenslage der Eltern eine gute Perspektive in unserer Heimatstadt zu
286 geben. Das ist gegenwärtig aber leider für viele noch nicht gegeben; fast ein Viertel der Kinder sind
287 unmittelbar von Armut betroffen. Für uns sind Kinder und Jugendliche sowohl Gegenwart als auch
288 Zukunft der Stadtgesellschaft. Jedes Kind hat ein Recht auf die Chance, sich seinen Bedürfnissen,
289 Fähigkeiten und Interessen entsprechend zu entwickeln.

290 **2.2.1. Eine gute Kita-Betreuung für alle Kinder**

291 Vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder ab dem
292 vollendeten ersten Lebensjahr ist ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot an
293 Plätzen ein wichtiges Kriterium für eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Kitas leisten einen
294 wesentlichen Beitrag zur frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung und zur Vereinbarkeit von
295 Familie und Beruf. Trotz großer Anstrengungen in der Stadt beim Kitaplatzausbau konnten die
296 Versäumnisse der vergangenen Jahre bis jetzt nicht kompensiert werden. Es bleibt deshalb auch
297 aufgrund der seit Jahren steigenden Geburtenzahlen vordringliche Aufgabe, weitere Plätze zu
298 schaffen. Um die Qualitätsentwicklung systematisch umsetzen zu können und vergleichbare
299 Bildungschancen für alle Kinder zu gewähren, ist es zudem erforderlich, die personellen
300 Rahmenbedingungen wesentlich zu verbessern.

301 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 302 • die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für jedes Kind bis zur Einschulung
303 und die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz während des
304 Grundschulbesuches
- 305 • die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern bei der Kitaplatzsuche, vor
306 allem im Hinblick auf verschiedene pädagogische Konzepte und eine wohn- oder
307 arbeitsortnahe Versorgung

- 308 • die Realisierung der kostenfreien Kita-Betreuung für alle Kinder bei Kostenausgleich durch
- 309 den Freistaat Sachsen
- 310 • die besondere Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher zum Beispiel durch die
- 311 Ermöglichung kostenfreier, gesunder Mittagessenversorgung
- 312 • den weiteren gezielten Abbau des Investitionsstaus in zahlreichen Einrichtungen unter
- 313 Nutzung von Förderprogrammen
- 314 • mehr neue Einrichtungen als bisher in städtischer Verantwortung, um mittel- und langfristig
- 315 den Haushalt der Stadt weniger zu belasten
- 316 • die weitere Verbesserung der Kita-Platzvergabe über das Elternportal – die Vergabe muss
- 317 transparent, gerecht und nachvollziehbar erfolgen
- 318 • die Ausweitung von Bemühungen, geflüchtete Kinder durch niedrigschwellige
- 319 Einstiegsangebote und Sensibilisierung der Eltern stärker in die Kitabetreuung zu integrieren
- 320 • die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung durch
- 321 kleinere Gruppen, einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel und die Anrechnung von
- 322 Vor- und Nachbereitungszeiten für alle Erzieherinnen und Erzieher
- 323 • den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren, die durch
- 324 bessere finanzielle und personelle Ausstattung ein Hauptaugenmerk auf Familienbildung,
- 325 Arbeit im Sozialraum und Integration legen können
- 326 • die Erweiterung von Kita-Sozialarbeit als präventives Angebot
- 327 • die Förderung von Elterninitiativen, die Kita gründen wollen und kleinen Kita-Trägern mit
- 328 spezifischen pädagogischen Konzepten
- 329 • die Schaffung weiterer inklusiver Kindertageseinrichtungen im Sinne der UN-
- 330 Behindertenrechtskonvention
- 331 • angemessene, verlässliche und gleiche Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal
- 332 in kommunaler und freier Trägerschaft entsprechend der gesetzlichen Regelungen
- 333 • eine bedarfsgerechte und attraktivere Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher.

334 **2.2.2. Für gute Schule und Bildung**

335 Längeres gemeinsames Lernen anstatt frühzeitiger Vorbestimmung des einzuschlagenden
 336 Bildungsweges bleibt die zentrale Bildungsbotschaft der LINKEN. Das gegliederte Schulwesen ist
 337 Ursache vieler bildungspolitischer Probleme wie Lehrermangel, zu wenig Zeit und Möglichkeiten für
 338 die Förderung von Schülerinnen und Schülern, Erschweren der Bildungsübergänge und die in der
 339 Praxis nicht gewährleistete Durchlässigkeit der Schularten untereinander.

340 Im Bildungsbereich schlagen sich die Probleme der wachsenden Stadt besonders nieder. Zuzüge
 341 aus dem Umland und der gesamten Bundesrepublik, anhaltend starke Geburtenzahlen, eine höhere
 342 Zahl an Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund führen zu höheren Jahrgangsstärken in
 343 den Leipziger Schulen. Unsere Stadt steht daher vor großen Herausforderungen im Schulbau, in der
 344 Sanierung und in der Werterhaltung der Schulen, Schulsporthallen und Freiflächen der Schulen. Bei
 345 der Lösung dieser Aufgaben bleiben Schüler- und Elternräte für uns auch weiterhin wichtige
 346 Partnerinnen und Partner.

347 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 348 • den Ausbau des kommunalen Schulnetzes, um die wohnortnahe Beschulung in allen
- 349 Schularten zu ermöglichen
- 350 • kleine Grundschulbezirke mit höchstens zwei Grundschulen

- 351 • die Unterstützung der Aktivitäten des Arbeitskreises Schule und Wirtschaft an Oberschulen,
352 die auf die berufliche Bildung orientieren und eine verstärkte Berufs- und
353 Studienorientierung an Gymnasien
- 354 • für eine ausreichende und bedarfsgerechte Anzahl von Berufsschulplätzen
- 355 • die schrittweise Umgestaltung der Schullandschaft hin zu einer Struktur, die längeres
356 gemeinsames Lernen ermöglicht
- 357 • die Unterstützung von unterschiedlichen Schulmodellen, in denen das längere gemeinsame
358 Lernen verwirklicht wird
- 359 • die Sicherung der maximalen Klassenstärken bis zu 24 Schülerinnen und Schüler, um
360 Inklusion (Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf), Integration und
361 Wiederholungen zu sichern
- 362 • eine stärkere Förderung nachbarschaftlichen und partnerschaftlichen Lernens mit Kindern
363 und Jugendlichen aus geflüchteten Familien
- 364 • die gerechte Entlohnung von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten; keine Unterschiede
365 von angestellten und verbeamteten Lehrkräften
- 366 • die qualitative und quantitative Erweiterung der Ganztagsangebote (GTA) in allen Schularten
367 und deren auskömmliche Finanzierung und personelle Absicherung
- 368 • mindestens eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter an jeder Grund-,
369 Förder-, Ober- und Berufsschule der Stadt und die Etablierung von Schulsozialarbeit auch an
370 Gymnasien
- 371 • die bedarfsgerechte Beschäftigung und Erhöhung der Zahl der Schulpsychologen
- 372 • den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken, Leseräumen und Lernwerkstätten sowie
373 Gewährleistung der personellen Ausstattung
- 374 • die konsequente Einhaltung der gesetzlich verbrieften Lehr- und Lernmittelfreiheit
- 375 • den erforderlichen Netzausbau an Schulen aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung der
376 Gesellschaft und die Ausstattung mit entsprechenden Endgeräten
- 377 • verkehrssichere Schulwege in allen Stadtbezirken und Ortsteilen; dazu sind die finanziellen
378 Mittel für Ampeln, Fußgängerüberwege, sichere Fuß- und Radwege, Radabstellplätze,
379 Fahrdienste (für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf) erheblich zu
380 erhöhen
- 381 • die Unterstützung von pädagogischen Konzepten, die eine Kooperation von Grundschule und
382 Hort noch weiter verbessern
- 383 • preisstabile Schülermobilcards und die Aufforderung an den Freistaat, ein kostenloses
384 Bildungsticket einzuführen
- 385 • die Ermöglichung einer gesunden, kostenfreien Mittagessenversorgung für Kinder und
386 Jugendliche – mindestens für diejenigen, die den Leipzig-Pass haben –, finanziert durch den
387 Freistaat Sachsen und möglichst auf der Basis einer regionalen Versorgung
- 388 • die Vereinfachung der Einreichungen und Abrechnungen von Klassenfahrten, Schulfahrten,
389 Schulausflügen und weiteren schulischen Aktivitäten
- 390 • für eine bessere Versorgung der Schulen mit Schulsachbearbeiterinnen und
391 Schulsachbearbeitern sowie Hausmeisterinnen und Hausmeistern.

392 **2.2.3. Umfassende Unterstützung und Förderung von Familie, Kindern und Jugendlichen**

393 Mit der wachsenden Stadt, der zunehmenden sozialen Differenziertheit und der fortschreitenden
394 Veränderung von Lebensweisen wachsen auch die Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe.
395 Die rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen samt der Veränderung der Arbeitswelt und

396 Arbeitszeiten, aber auch prekäre Lebensverhältnisse und verfestigte Armutslagen eines
397 beträchtlichen Teils der Leipziger Stadtgesellschaft gehen zulasten von Familien, Kindern und
398 Jugendlichen. Darüber hinaus sind vor allem Alleinerziehende von Armut betroffen.
399 Die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund erfordert
400 die quantitative, aber auch qualitative Weiterentwicklung von Konzepten und Förderinstrumenten,
401 die Teilhabe und Integration ermöglichen. Im Zentrum stadtpolitischer Bemühungen muss die
402 gleichberechtigte und umfassende soziale und demokratische Teilhabe von Kindern und
403 Jugendlichen stehen. Dies muss durch eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung der im
404 Bereich der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Akteurinnen und Akteure gewährleistet werden. Die
405 Selbstorganisation von jungen Menschen ist dabei ein zentrales Moment. Die dafür notwendigen
406 Freiräume müssen erhalten und geschaffen werden.

407 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 408 • die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf die Belange von Kindern,
409 Jugendlichen und Familien mit Kindern
- 410 • ein Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe bei kinder-, jugend- und familienrelevanten
411 Problemstellungen unter Berücksichtigung der Besonderheiten in den Ortsteilen, das der
412 wachsenden Zahl von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie sich verändernder Probleme
413 und Bedarfe Rechnung trägt
- 414 • eine bedarfsgerechte Ausstattung der Angebote der verschiedenen Leistungsbereiche der
415 Kinder- und Jugendhilfe entsprechend der vom Jugendhilfeausschuss verabschiedeten
416 Fachstandards
- 417 • die Wertschätzung der Tätigkeit der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe
- 418 • neue Formen aktiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an
419 Entscheidungen
- 420 • die strukturelle und personelle Unterstützung des Jugendparlaments
- 421 • die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten
422 der Kinder- und Jugendhilfe und die Stärkung von spezifischen integrativen Projekten, die für
423 herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Sprachbarrieren sensibilisiert
424 sind
- 425 • eine interkulturell, demokratiefördernd und geschlechtersensibel ausgerichtete
426 Jugendarbeit, die sich aktiv gegen Antisemitismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus und
427 weitere Formen von Diskriminierung wendet
- 428 • die Förderung selbstorganisierter, selbstverwalteter und alternativer Jugendkultur unter
429 anderem durch den Erhalt von Freiräumen
- 430 • die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die Kommune,
431 insbesondere der Jugendpauschale
- 432 • die jährliche Steigerung des städtischen Jugendhilfeetats zur Sicherung der Kontinuität und
433 des steigenden Bedarfs an der Kinder- und Jugendarbeit
- 434 • die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an den
435 steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle
- 436 • bedarfsgerechte Angebote von Hilfen zur Erziehung mit dem Fokus auf die individuellen
437 Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und die Befähigung der Eltern
- 438 • den Ausbau von Erziehungs- und Familienberatungsstellen und weiteren
439 Familienbildungsangeboten

- 440 • die Förderung einer familienspezifischen, bedarfsgerechten Familienberatung, welche den
441 besonderen Lebenslagen von Alleinerziehenden-, Patchwork- und Regenbogenfamilien
442 gerecht wird
- 443 • für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien als Alternative zur
444 stationären Unterbringung in Hilfe-zur-Erziehung-Maßnahmen sowie die engagierte Beratung
445 und Begleitung durch den Pflegekinderdienst.

446 **2.3. In Leipzig studieren und forschen**

447 Als Hochschul- und Forschungsstandort verfügt Leipzig über jahrhundertealte Traditionen. Die
448 entsprechenden Einrichtungen konzentrieren sich in vier Wissenschaftsräumen (Mitte, Nordost,
449 Süd, Südost) und bilden einen zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Die Gebäude, insbesondere
450 die Neubauten, sind wesentlicher Bestandteil des Stadtbildes. Darüber hinaus prägt die stark von
451 Drittmitteln abhängige Wissenschafts- und Forschungslandschaft die offene geistige Atmosphäre
452 unserer Stadt wesentlich mit. Die knapp 40.000 Studierenden – davon fast 5.000 aus dem Ausland
453 – tragen erheblich zum Wachstum, zur Verjüngung und zur steigenden Internationalität von Leipzig
454 bei. Für viele Studierende ist Leipzig eine Station in einer hochmobilen Berufskarriere; zugleich ist
455 die Stadt für viele junge Absolventen zwar Wohnort, aber nicht zwingend auch Arbeitsort.
456 Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften ist zu stärken. Dazu gehört neben einer klugen
457 kommunalen Raumpolitik die Verbesserung der Rahmenbedingungen sowohl der Studierenden als
458 auch der Lehrenden, u. a. durch ausreichend Kitaplätze, bessere Radwege und preiswerten
459 Wohnraum. Eine gesicherte Finanzierung des Studentenwerkes seitens des Freistaates Sachsen ist
460 eine notwendige Bedingung, um dessen Leistungen wie Wohnheim-plätze, Sozialberatung und
461 Mensen zu erhalten und dem Bedarf entsprechend zu erweitern. Eine ausreichende
462 Grundfinanzierung der Hochschuleinrichtungen unabhängig von der Drittmittelförderung stärkt die
463 Unabhängigkeit der Wissenschaftsentwicklung und würde viele Beschäftigungsverhältnisse aus den
464 Abhängigkeiten der Befristung lösen.

465 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 466 • die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Akteuren
467 der Wissenschaftslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Universität Leipzig und
468 deren Forschungsprofil
- 469 • mehr gemeinsame wissenschaftliche Projekte zwischen Verwaltung und städtischen
470 Unternehmen mit Universität und Hochschulen
- 471 • die weitere Ausprägung eines mitteldeutschen Bildungsraumes in Richtung der
472 Universitäten Halle und Jena
- 473 • die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle Leipzigerinnen
474 und Leipziger (z. B. Stärkung von Seniorenkolleg und Kinderuni)
- 475 • die Schaffung einer barrierefreien Hochschullandschaft, einschließlich der Zugänge für
476 Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten
- 477 • den Erhalt und Ausbau von preiswertem Wohnraum auch in zentrumsnahen Stadtteilen,
478 insbesondere der Studentenwohnheime
- 479 • eine studierendengerechte Mobilität durch mehr Radwege zu den Hochschulstandorten und
480 flexible Anpassung des ÖPNV zu den Stoßzeiten im Hochschulbereich sowie eine günstige
481 Kostenstruktur für Studierendentickets bei den Leipziger Verkehrsbetrieben und im
482 Mitteldeutschen Verkehrsverbund

- 483 • ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung der Zivilklausel an der Universität
484 Leipzig und der Hochschule für Technik, Wissenschaft und Kultur (HTWK)
485 • die Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer für Studierende.

486 **2.4. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter**

487 Selbstbestimmtes Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht und ein Lebensabschnitt
488 mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich gleichberechtigt in den
489 gesellschaftlichen Alltag einbringen und bürgerschaftlich engagieren. Dazu bedarf es geeigneter
490 Rahmenbedingungen wie der altersgerechten Gestaltung des Wohnumfeldes, entsprechenden
491 Verkehrslösungen und tragfähigen Bedingungen in der Gesundheitsversorgung und Pflege. Zu einer
492 lebenswerten Stadt gehört aber auch, dass sich alle Generationen begegnen (können). Es muss im
493 privaten und öffentlichen Raum eine Atmosphäre geschaffen werden, in der sich Jung und Alt
494 gegenseitig unterstützen und voneinander lernen.

495 In den letzten Jahren hat sich Leipzig, insbesondere durch den Zuzug aus dem Ausland, zwar
496 erfreulicherweise verjüngt, aber immerhin ein Drittel der Bevölkerung befindet sich inzwischen im
497 Seniorenalter (55+). In Leipzig nimmt leider die Altersarmut zu und zukünftig werden deutlich mehr
498 Rentnerinnen und Rentner armutsgefährdet sein.

499 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 500 • mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Ältere in den sozialen, kulturellen und politischen
501 Bereichen des städtischen Lebens
- 502 • die Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für seniorengerechte Quartiersentwicklung
- 503 • die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen
504 Wohnungsbaus
- 505 • den Bau von wesentlich mehr altengerechten Wohnungen und den Umbau bestehender
506 Wohnungen sowie die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben im Wohnungspolitischen
507 Konzept (Fortschreibung 2015)
- 508 • ein Tarifsystem im ÖPNV, das für Seniorinnen und Senioren bezahlbar ist
- 509 • einen gleichberechtigten Zugang von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu
510 gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen
- 511 • eine Stadt der kurzen Wege (Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten usw. in der Nähe)
- 512 • die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen
513 Wohnungsbaus
- 514 • die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, die
515 generationenübergreifend ansprechend sind
- 516 • eine Förderpolitik, die auch das Miteinander der Generationen in den Blick nimmt und
517 Projekte unterstützt, die generationenübergreifende Angebote schaffen

518 **2.5. Gleichstellung aller Geschlechter**

519 Die LINKE kämpft für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen – egal
520 welchen Geschlechts – und eine tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Lebensbereichen. Daher
521 fördern wir die Akzeptanz der modernen Bewegung von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen,
522 Transgendern und Intersexuellen (LSBTTI*). Die Anerkennung, Akzeptanz und Unterstützung
523 vielfältiger Formen des familiären Zusammenlebens und sozialen Miteinanders und der Kampf für
524 Frauenrechte sind für uns selbstverständlich. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe und muss

525 in allen Bereichen kommunaler Entscheidungen mitgedacht werden.
526 Leipzig ist ein Spiegelbild der gesamtdeutschen Realität. Nach wie vor finden wir soziale
527 Benachteiligung von Frauen und einen hohen weiblichen Anteil unter den geringfügig Beschäftigten.
528 Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ist unverändert signifikant und beträgt derzeit 21
529 Prozent. Daraus folgt die große Gefahr der Altersarmut. Frauen sitzen darüber hinaus weniger in
530 den Chefetagen, auch bei der LVV ist das so. Familiäre und außerfamiliäre Fürsorge wird immer
531 noch größtenteils von Frauen geschultert, oft unentgeltlich oder schlecht entlohnt. Auch Hausarbeit
532 ist weiterhin oft ungleich verteilt. Frauen werden Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt.

533 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 534 • eine geschlechtersensible Folgenabschätzung bei allen kommunalpolitischen
- 535 Entscheidungen (Umsetzung des Gender-Mainstreaming)
- 536 • eine geschlechts- und familienspezifische Datenerhebung und Sozialberichterstattung
- 537 • die Stärkung des Gleichstellungsreferats sowie die rechtzeitige Einbeziehung des
- 538 Gleichstellungsreferats und des Gleichstellungsbeirats bei kommunalen Entscheidungen
- 539 • die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Frauenförderplänen in allen Bereichen
- 540 der Stadtverwaltung, städtischen Betrieben und Unternehmen mit städtischer Beteiligung
- 541 • die Einführung einer Frauenquote für die paritätische Besetzung von Leitungsfunktionen in
- 542 der Stadtverwaltung und in kommunalen Unternehmen
- 543 • die paritätische Besetzung bei der Auswahl der Referentinnen und Referenten für sämtliche
- 544 kommunalen und durch die Kommune geförderten Veranstaltungen
- 545 • den Erhalt und die finanzielle Absicherung bestehender Frauen- und Kinderschutzhäuser
- 546 • die Stärkung des Netzwerkes gegen häusliche Gewalt und Stalking; Runder Tisch gegen
- 547 Gewalt an Frauen
- 548 • den weiteren Ausbau von spezialisierten Frauenberatungsstellen
- 549 • eine Gewaltopferambulanz am Institut für Rechtsmedizin des Uniklinikums Leipzig
- 550 • die verpflichtende Fortbildung zum Thema Gewaltschutz im Jugendamt und Sozialamt
- 551 • eine offizielle Beteiligung der Stadt am jährlichen Equal Pay Day ab 2020
- 552 • die aktive Unterstützung und Förderung von erwerbslosen und geringfügig-beschäftigten
- 553 Alleinerziehenden beim Einstieg bzw. Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit mit
- 554 existenzsicherndem Familieneinkommen
- 555 • die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleich- und
- 556 mehrgeschlechtlichen Lebensweisen und den gesicherten Erhalt von Schwulen- und
- 557 Lesbenzentren
- 558 • die Stärkung der Position der Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweise
- 559 • weitere Maßnahmen gegen sexistische Werbung
- 560 • mehr Maßnahmen zur Unterstützung migrantischer Frauen (z. B. durch Sprachmittlerinnen
- 561 und Sprachmittler)
- 562 • die Durchsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes und insgesamt mehr Schutz für
- 563 Sexarbeit
- 564 • eine Begegnungsstätte für Frauen, um die Zusage der Stadt nach dem Abriss des Henriette-
- 565 Goldschmidt-Hauses einzulösen
- 566 • die Ablehnung aller Kürzungen im Bereich von Projekten und Vereinen, die für Gleichstellung
- 567 kämpfen.

568 **2.6. Inklusives Denken und Handeln fördern**

569 Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2006 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von
570 Menschen mit Behinderung zur inklusiv gestalteten Gesellschaft. Inklusion und die Teilhabe von
571 Menschen mit Behinderung bilden ein Querschnittsthema, welches viele Lebensbereiche betrifft.
572 Mehr als ein Zehntel der Leipzigerinnen und Leipziger sind von Behinderungen und chronischen
573 Krankheiten betroffen. Manches hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, um diesen
574 Menschen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Mit dem nach
575 langem Diskussionsprozess beschlossenen Teilhabeplan hat Leipzig Ende 2017 eine wichtige
576 Voraussetzung für mehr Inklusion in unserer Stadt geschaffen. Auf dessen Grundlage bleibt aber
577 noch viel zu tun, um Leipzig in allen Stadtteilen barrierefrei zu gestalten. Noch zu oft scheitern
578 notwendige und mögliche Lösungen an Unwissenheit oder an vermeintlichen Sparzwängen.

579 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 580 • die vollständige Umsetzung des Teilhabeplans der Stadt Leipzig 2017 bis 2024 „Auf dem
581 Weg zur Inklusion!“
- 582 • die Stärkung des Behindertenbeirates
- 583 • den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der
584 Stadtverwaltung, einschließlich der Wahllokale
- 585 • die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderungen auf
586 möglichst vier Wochen
- 587 • mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den
588 Eigenbetrieben
- 589 • den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in
590 Komplexkindertagesstätten
- 591 • mehr barrierefreie Wohnungen in allen Stadtteilen zu erschwinglichen Mieten
- 592 • die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des ÖPNV durch die flächendeckende Einführung
593 von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen
594 durch die Absenkung der Bordsteine
- 595 • die Erweiterung des Blindenleitsystems, die Kennzeichnung von Stufen und anderen
596 Hindernissen mit Signalfarben sowie die Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit
597 akustischen Ampeln.

598 **2.7. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege**

599 Leipzig verfügt über ein hohes Niveau bei der ambulanten und stationären medizinischen
600 Versorgung. Nicht zuletzt durch das Bevölkerungswachstum und den demografischen Wandel
601 werden auch in diesem Bereich die Herausforderungen zunehmen. Schon heute ist ein Mangel an
602 Ärzten und qualifiziertem Pflegepersonal spürbar. Insgesamt haben wir dafür Sorge zu tragen, dass
603 alle Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig vom Alter und Einkommen, auch künftig
604 medizinisch gut versorgt werden.

605 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 606 • den Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, insbesondere
607 eine Stabilisierung des städtischen Klinikums St. Georg und des dort angebandenen
608 Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ)
- 609 • einen Zuschuss zum städtischen Klinikum St. Georg aus Haushaltsmitteln

- 610 • die Unterstützung bei der weiteren Einrichtung von MVZ, vor allem in unterversorgen
- 611 Ortsteilen
- 612 • die personelle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere um die
- 613 vorgeschriebenen Untersuchungen bei Kindern flächendeckend zu gewährleisten
- 614 • den Ausbau und die Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der Suchtprävention vor
- 615 allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von Ausstiegsprogrammen für alle
- 616 Suchterkrankten
- 617 • den Umbau und die Modernisierung der Suchtberatungs- und Behandlungsstelle "Haus Alt-
- 618 Schönefeld"
- 619 • den Abbau des Pflegekräftemangels und die bessere Bezahlung sowie mehr Ausbildung von
- 620 Pflegekräften
- 621 • die finanzielle Stärkung der Aids-Hilfe
- 622 • die interkulturelle Öffnung und Mehrsprachigkeit der kommunalen Gesundheitsdienste und
- 623 Akteure der Drogenhilfe
- 624 • die interkulturelle Öffnung und damit kultursensible Pflege, die besonderen Bedürfnissen
- 625 von pflegebedürftigen Migrantinnen und Migranten Rechnung trägt
- 626 • die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete, die Leistungen nach
- 627 Asylbewerberleistungsgesetz beziehen und damit den Abbau von Barrieren beim Zugang zu
- 628 Gesundheitsleistungen
- 629 • die Etablierung eines Modellprojektes zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne
- 630 Papiere und Krankenversicherung in Zusammenarbeit mit Medinetz Leipzig e.V.

631 **2.8. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention**

632 Leipzig nimmt mit seiner Kriminalitätslage im Freistaat Sachsen seit Jahren eine besondere Stellung
633 ein. Das spiegelt sich in der Landespolitik und insbesondere bei der Personalverteilung der Polizei
634 noch nicht adäquat wider. Wir wissen, dass die öffentliche und persönliche Sicherheit und der
635 Schutz vor Kriminalität weiterhin im Fokus der Bevölkerung stehen, wobei es einen großen
636 Unterschied zwischen dem individuellen Sicherheitsempfinden und der objektiven Sicherheitslage
637 gibt. Mit der Verstärkung der Polizei und der Aufstockung des Stadtordnungsdienstes wurde darauf
638 in den letzten Jahren reagiert.

639 Gleichwohl bedeutet linke Ordnungs- und Sicherheitspolitik in erster Linie Prävention. Für uns heißt
640 das nicht die Verschärfung des Polizeirechts oder mehr Repression wie z. B. Videoüberwachung
641 oder verdachtsunabhängige Kontrollen, sondern mehr soziale Teilhabe, um die Ursachen von Gewalt
642 und Straftaten gesamtgesellschaftlich zu verringern. Ein autoritäres Sicherheitsdenken und die
643 darauf beruhende Law-and-order-Politik lehnen wir ab. Unsere Toleranz endet jedoch dort, wo
644 Menschen psychisch und physisch bedroht und verletzt sowie öffentliches und privates Eigentum
645 durch Vandalismus beschädigt oder zerstört werden.

646 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 647 • eine konsequente Beachtung der berechtigten Sicherheitsbedürfnisse aller Menschen
- 648 • den Erhalt von Mischnutzungen in den Stadtteilen, denn eine stabile Mischung von Wohnen,
- 649 Arbeiten und Einkaufen gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche
- 650 Fürsorge einen Schutz vor Kriminalität bieten kann
- 651 • eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung,
- 652 insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung,
- 653 Straßenbeleuchtung usw.), um Angsträume zu verhindern

- 654 • mehr Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen sowie in Sportvereinen in
655 Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern
- 656 • die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt, Polizei und
657 Kleingartenvereinen durch mehr finanzielle Mittel für Aufklärung und technische Prävention
- 658 • mehr finanzielle Mittel für die zielgerichtete Vertiefung der Arbeit des Kommunalen
659 Präventionsrates in den Stadtteilen unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen
660 Akteurinnen und Akteure vor Ort (Bürgervereine usw.)
- 661 • den Ausbau des Systems der ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberater
- 662 • die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Sicherheitsbehörden durch eine gezielte
663 Ansprache und Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
- 664 • mehr Bürgerpolizisten mit bürgerfreundlichen Sprechzeiten in allen Ortsteilen
- 665 • die weitere personelle Stärkung des Stadtordnungsdienstes mit jährlich zehn Planstellen in
666 den Jahren 2019/2020 und dessen verstärkter Einsatz in den Ortsteilen unter
667 Gewährleistung des finanziellen Mehrbedarfs durch das Land
- 668 • die Aktualisierung der sucht- und drogenpolitischen Leitlinien der Stadt Leipzig aus dem Jahr
669 2013 entsprechend der gegenwärtigen Erfordernisse, insbesondere unter dem Aspekt der
670 überdurchschnittlich hohen Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit
671 Betäubungsmittelabhängigkeit
- 672 • die Möglichkeit des straffreien Konsumierens von mitgeführten Drogen durch die
673 Einrichtung eines ärztlich betreuten Drogenkonsumraumes
- 674 • die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare
675 Fahrradgaragen und -boxen
- 676 • eine kritische Bestandsaufnahme der stationären Videoüberwachung im öffentlichen
677 Raum und deren künftige Begrenzung auf Kriminalitätsschwerpunkte
- 678 • ein sauberes Stadtbild durch personelle, technische und finanzielle Stärkung der
679 Stadtreinigung für mehr Papierkörbe sowie für mehr Aufklärung zu den Sammelsystemen,
680 um illegale Müllablagerungen und damit verbundene Umweltschäden zu verhindern
- 681 • mehr finanzielle Mittel für legale Graffiti-Flächen
- 682 • die Gewährleistung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen bei Feuerwehr und
683 Rettungsdienst durch eine entsprechende Personalausstattung und zeitgemäße
684 Rettungsmittel

685 **3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung**

686 Nahezu alle Bereiche unseres Lebens sind vom Wachstums- und Beschleunigungsdenken geprägt.
 687 Die damit eng verknüpfte neoliberale Wirtschaftsweise führt allerdings immer stärker zu sozialen
 688 und ökologischen Krisen und damit zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Diesen
 689 Zusammenhang spüren wir sowohl global und national als auch lokal – hier vor Ort. Schlechte Luft
 690 in der Stadt sowie schrumpfende Freiräume und Grünflächen sind nur zwei Beispiele dafür, dass
 691 auch Leipzig vor enormen Herausforderungen für eine wirklich nachhaltige Stadtentwicklung steht.
 692 Auf dem Weg zur sozialökologischen Transformation unserer Stadt sind verantwortungsvolle und
 693 innovative Lösungen in vielen Bereichen gefragt, u. a. im kommunalen Klimaschutz sowie der
 694 städtischen Bodenpolitik, die wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und
 695 umsetzen möchten. Die Frage, wie wir das Zusammenleben in Zukunft sozial und ökologisch
 696 gerechter gestalten und welche Rolle dabei eine solidarische Lebensweise sowie die Überwindung
 697 einer Wachstumsgesellschaft spielen können, ist für DIE LINKE eine der zentralen
 698 Herausforderungen.

699 **3.1. Für eine ganzheitliche Energiewende und klimagerechte Stadtentwicklung**

700 Die massive Zunahme von Extremwetterereignissen, der steigende Meeresspiegel und sich
 701 ausbreitende Wüsten sind neben Kriegen und Hunger schon jetzt die Hauptursachen globaler
 702 Fluchtbewegungen. Ohne wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel nehmen diese Folgen der
 703 Erderwärmung künftig erheblich zu. Auch Leipzig muss deshalb seine Klimaschutzmaßnahmen
 704 intensivieren und zugleich die sozial-ökologische Transformation der Stadt vorantreiben. In den
 705 letzten Jahren wichen häufig Grünflächen der baulichen Verdichtung. Diese Entwicklung hat einen
 706 erheblichen Einfluss auf die biologische Vielfalt, das Klima, die Luft- und damit auch auf die
 707 Lebensqualität der Menschen in Leipzig. Bisher sind die Umweltqualitätsziele nicht ausreichend
 708 umgesetzt. Eine wichtige Rolle muss deshalb eine sozial ausgewogene und ganzheitliche
 709 Energiewende in den Bereichen Wärme, Strom, sichere Wasserversorgung und Mobilität
 710 einnehmen. Kein Dorf, kein grüner Landstrich darf künftig noch für das Kohlekraftwerk Lippendorf
 711 abgebaggert werden. Für eine klimagerechte Stadtentwicklung führt kein Weg am Kohleausstieg
 712 Leipzigs bis zum Jahr 2030 vorbei.

713 Deshalb treten wir ein für:

- 714 • die weitere Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie
- 715 • die stärkere Nutzung der energetischen Potenziale solartauglicher Dachflächen und
716 verwertbarer Bioabfälle
- 717 • die Realisierung einer umfassenden Gründach- und Grünfassadenstrategie
- 718 • die Prüfung von verbindlichen Standards für klimafreundliche, energieeffiziente
719 Gebäudestrukturen
- 720 • den stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energie der Stadtwerke
- 721 • die Erarbeitung konkreter Alternativen zur Fernwärme aus Lippendorf
- 722 • den Ausbau der Bürgerenergie als dezentrale und unabhängige Energiequelle
- 723 • transparentere Vergabeverfahren für Brachen
- 724 • ökologisch nachhaltige Entwicklung des Leipziger Neuseenlands und der Hafenprojekte als
725 naturnahe Erholungsmöglichkeiten und zugleich als Aufwertung stadtklimatischer
726 Bedingungen

- 727 • die ausreichende Finanzierung des Lärmaktions- und des Luftreinhaltplans sowie deren
- 728 konsequenter Umsetzung
- 729 • die Reduktion von Lichtverschmutzung im öffentlichen Raum
- 730 • ein Verbot von „Heizpilzen“
- 731 • den Schutz der Trinkwasserressourcen; kein Verkauf des Wassergutes Canitz.

732 3.2. Leben in einer Grünen Stadt

733 In einer stark wachsenden Kommune wie Leipzig nimmt der Nutzungsdruck in den von Stadtgrün
 734 und Gewässern geprägten Freiräumen zu. Diese Freiflächen sind jedoch wichtig, da sie als
 735 Belüftungsachsen fungieren. Außerdem sorgen die begrünten Flächen für einen Kühleffekt für die
 736 „Wärmeinsel Stadt“. Sollten diese Flächen verschwinden, fehlen wichtige Entwicklungsräume für
 737 Pflanzen sowie Rückzugsräume und Futterstellen für viele Tierarten. Umso wichtiger sind Erhalt und
 738 Pflege der 270 Leipziger Kleingartenanlagen, die sich zumeist im Eigentum der Stadt befinden und
 739 einen zentralen Baustein im Grünsystem der Stadt bilden. Auch die Landwirtschaftsflächen in
 740 Leipzig sind zu erhalten. Diese Flächen dienen neben der Produktion von Nahrungsmitteln auch der
 741 Erhaltung der Biodiversität, dem Klimaschutz und mit Wald- und Wasserflächen einer
 742 Raumgliederung, die für die Naherholung eine wichtige Funktion hat. Auch Wild- und Haustiere
 743 bedürfen unseres Schutzes. Haustiere müssen artgerecht gehalten und angemessen versorgt
 744 werden.

745 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 746 • eine frühzeitige Festschreibung von zu schützenden Grünflächen im Flächennutzungsplan
- 747 • Vorhalten kommunaler Gelder zum Erwerb von schützenswerten Flächen
- 748 • die Errichtung von zusätzlichen Parks und Naherholungsgebieten
- 749 • die Bereitstellung der nötigen Finanzmittel für den Erhalt des Auwaldes, des Wildparks sowie
- 750 denkmalgeschützter Parkanlagen
- 751 • die Verhinderung weiterer baulicher Eingriffe im Leipziger Auwald
- 752 • die Gewährleistung einer natürlichen Überflutung des Leipziger Auwaldes
- 753 • eine Entwicklung von Gärten zu Oasen der Biodiversität und Artenvielfalt
- 754 • die weitere Unterstützung der Kleingartenvereine bei der Entwicklung und dem Erhalt ihrer
- 755 Anlagen zu Zentren der Naherholung und der aktiven Freizeitgestaltung
- 756 • ein Konzept zur Biotopvernetzung für das gesamte Stadtgebiet
- 757 • für die Vermittlung ökologischer Bildungsangebote
- 758 • die konsequente Umsetzung und Finanzierung des Straßenbaumkonzepts der Stadt Leipzig
- 759 • die ausreichende Finanzierung für die Unterbringung und Versorgung von Fundtieren,
- 760 • die qualitative und quantitative Aufwertung von Freiflächen für Hunde, zum Beispiel durch
- 761 Hundetoiletten
- 762 • ein stärkeres Engagement gegenüber dem Freistaat Sachsen für die Einführung einer
- 763 allgemeinen Chippflicht für Hunde und für ein Verbandsklagerecht im Tier- und Naturschutz.

764 3.3. Freiräume erhalten und Bauflächen verantwortungsvoll nutzen

765 In unserer wachsenden Stadt gibt es einen enormen Bedarf an Neubauf lächen für Wohn- und
 766 Gewerbeimmobilien bzw. öffentliche Einrichtungen. Schon heute ist die Zahl der vorhandenen
 767 Freiflächen in Leipzig gesunken. Nach dem Prinzip der „Stadt der kurzen Wege“ ist eine

768 Nachverdichtung der bestehenden Bebauung wichtig, jedoch nicht um jeden Preis. Es bedarf einer
769 gründlichen Prüfung, unter Einbeziehung der Leipzigerinnen und Leipziger, ob die Freiräume für eine
770 Bebauung aufgegeben werden sollen bzw. müssen. Mit den neu versiegelten Flächen müssen wir
771 somit besonders verantwortlich umgehen. Dabei muss eine ausgewogene Mischung verschiedener
772 Nutzungsformen im Vordergrund stehen.

773 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 774 • die Prüfung sämtlicher Grünflächen nach ihrem ökologischen, klimatischen und sozialen
- 775 Wert für das jeweilige Stadtviertel
- 776 • ein ausgeglichenes Verhältnis von Ver- und Entsiegelung neuer Bodenflächen
- 777 • den Erhalt von Gewerberäumen auch in innerstädtischen Lagen
- 778 • die vertikale Nutzungsmischung von Wohn- und Gewerbeeinheiten
- 779 • die grundsätzlich mehrgeschossige Bebauung von Baulücken
- 780 • die Berücksichtigung grüner Architektur beim Neubau von öffentlichen Einrichtungen und für
- 781 den Bau von Null-Emissionshäuser, wo es technisch machbar und wirtschaftlich plausibel ist
- 782 • die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf das direkte Umfeld von Stationen des ÖPNV
- 783 und die Stärkung der Stadtteil-Zentren an den Haltestellen des ÖPNV
- 784 • die Förderung der Vielzahl kleiner Leipziger Läden in den Wohngebieten für eine
- 785 wohnortnahe Versorgung
- 786 • die ganztägige öffentliche Nutzung von städtischen Flächen, wie z. B. Schulhöfen.

787 **3.4. Soziale Bodenpolitik kontra Grundstücksspekulation**

788 Die Spekulation mit Grundstücken lässt die Bodenpreise explodieren. In der aktuellen
789 Niedrigzinsphase bieten Immobilien und Grundstücke attraktive Anlagemöglichkeiten,
790 mit der Folge dramatischer Preissteigerungen. Seit 2015 haben sich die Bodenpreise in Leipzig
791 vervielfacht. Die Erlöse aus dem Verkauf werden von den Eigentümerinnen und Eigentümern als
792 leistungsloser Gewinn eingestrichen, während der Neubau bezahlbarer Wohnungen und
793 Gewerberäume kaum noch möglich ist. Noch verfügt Leipzig über eigene Flächen, die für den Bau
794 bezahlbarer Wohnungen und für eine soziale Stadtentwicklung genutzt werden können. Flächen im
795 öffentlichen Eigentum müssen jedoch öffentliches Eigentum bleiben. Sie dürfen nur noch in
796 Ausnahmefällen im Erbbaurecht an Dritte vergeben werden. Mit dem spekulativen Leerstand des
797 Bodens lässt sich mittlerweile mehr Geld verdienen als mit der Bebauung von Freiflächen. Um
798 Spekulationen zu stoppen und die Bodenpreise zu stabilisieren, ist ein Umdenken in der
799 kommunalen Bodenpolitik notwendig.

800 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 801 • eine strategische Liegenschaftspolitik, bei der für die Entwicklung der öffentlichen
- 802 Daseinsvorsorge benötigte Flächen frühzeitig angeboten werden
- 803 • den konsequenten Ankauf von Grundstücken und Gebäuden, die von der Bundesanstalt für
- 804 Immobilienaufgaben zum Verkauf gestellt werden
- 805 • eine Quote von mindestens 50 % Sozialwohnungen mit einer möglichst langen
- 806 Belegungsbindung beim Neubau von Stadtquartieren
- 807 • die Förderung einer aktiven Bodenvorratspolitik durch die Bereitstellung eines Leipziger
- 808 Bodenfonds
- 809 • einen Verkaufsstopp städtischer Grundstücke an private und rein profitorientierte Investoren
- 810 • die Stärkung und den Ausbau öffentlicher Beteiligungsprozesse bei der Stadtentwicklung

- 811 • die Unterstützung von Non-Profit-Organisationen, wie z. B. dem Mietshäuser Syndikat
- 812 • die Bereitstellung öffentlicher Freiflächen für gemeinnützige Nachbarschaftsgärten sowie
- 813 die vertragliche Festschreibung einer garantierten Nutzungsdauer
- 814 • eine bauliche und soziale Stabilisierung benachteiligter Ortsteile wie Volkmarsdorf oder
- 815 Schönefeld

816 3.5. Global denken – lokal Handeln

817 Der wachstumsfixierte Kapitalismus erzeugt weltweit vielfältige, sich zuspitzende Krisen. Wir leiten
 818 daraus ab, in Leipzig das Motto „Global denken – lokal handeln“ stärker als bisher mit Leben zu
 819 erfüllen. Globales Denken heißt für uns, gegen die zahlreichen Missstände und
 820 Ausbeutungsstrukturen zu kämpfen, die der neoliberale Kapitalismus vor allem im globalen Süden
 821 erzeugt und von denen wir – wenngleich unterschiedlich stark – profitieren. Lokales Handeln heißt
 822 für uns, aus dieser strukturellen Ungerechtigkeit konkrete und lokale politische Konsequenzen zu
 823 ziehen. Eine Maßnahme besteht im substanziellen Ausbau lokaler Produktions- und
 824 Vertriebsstrukturen, um umweltschädliche Transporte zu verringern und lokale Unternehmen zu
 825 stärken. Wir begrüßen daher die Gründung eines Ernährungsrats in Leipzig. Weiterhin nehmen wir
 826 mit Freude zur Kenntnis, dass Leipzig eines der Zentren der größer werdenden
 827 Postwachstumsbewegung ist. Auch hier werden wir uns künftig stärker an Diskussionen beteiligen,
 828 die die Überwindung der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft zum Ziel haben. Nachhaltige
 829 Stadtentwicklung bedeutet für uns auch, die Stadt-Umland-Kooperation zu stärken, denn
 830 Stadtentwicklung hört nicht an den Stadtgrenzen auf.

831 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 832 • einen eigenen Fördertopf „sozial-ökologische Stadtentwicklung“, aus dem entsprechende
 833 Initiativen möglichst aufwandsarm Fördermittel beantragen können
- 834 • eine kommunale Unterstützung des Leipziger Ernährungsrats
- 835 • eine stärkere Regionalisierung von Wirtschafts- und Warenkreisläufen
- 836 • den Erhalt und die Förderung landwirtschaftlicher Nutzungsflächen, insbesondere den
 837 ökologischen Landbau im Stadtgebiet
- 838 • einen besseren ÖPNV zwischen Leipzig und dem Umland, um den Autopendlerverkehr zu
 839 reduzieren
- 840 • mehr Kooperation mit dem Umland auf Augenhöhe, insbesondere beim Hochwasserschutz
 841 und im Touristikbereich (Neuseenland).

842 **4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen**

843 Wohnen ist bei einem Mieteranteil von knapp 90 Prozent der Bevölkerung derzeit in Leipzig neben
 844 fehlenden Schul- und Kitaplätzen das soziale Hauptthema. Der Wohnungsmarkt ist inzwischen sehr
 845 angespannt und von zwei zentralen Problemen charakterisiert: Erstens finden in verschiedenen
 846 Stadtgebieten signifikante Verdrängungsprozesse (Gentrifizierung) statt, die in wachsendem Maße
 847 zu sozialen Ausdifferenzierungen (Segregation) führen. Zweitens wächst beständig der Mangel an
 848 bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für einkommensarme Haushalte. Die Leipziger LINKE ist die
 849 Partei der Mieterinnen und Mieter und setzt sich vor allem dafür ein, dass möglichst schnell
 850 preiswerte Wohnungen in allen Stadtteilen bereitgestellt und der Preisanstieg bei
 851 Bestandswohnungsmieten gedämpft werden. Wir werden uns gegenüber Bund und Land für eine
 852 neue Offensive im sozialen Wohnungsbau einsetzen.

853 Leipzig zählte in den vergangenen Jahren zu den am schnellsten wachsenden Großstädten der
 854 Bundesrepublik. Auf Grund der Bevölkerungsprognose ist mit einem Mehrbedarf von zusätzlich
 855 30.000 bis 60.000 Wohnungen bis 2030 zu rechnen. Die Leerstandsquote ist innerhalb der letzten
 856 sieben Jahre von 12 Prozent auf zwei Prozent gesunken. Sollte der Leerstand weiter sinken, droht die
 857 Umzugsmobilität innerhalb Leipzigs zum Erliegen zu kommen. Allein im Jahr 2017 betrug der
 858 Gesamtumsatz des Leipziger Liegenschaftsmarktes 2,8 Mrd. Euro. Zum Vergleich dazu: im Jahr
 859 2010 waren es „nur“ 960 Mio. Euro. Der Druck der Immobilienpreise wird weiter die
 860 Angebotsmieten und Bestandsmieten in die Höhe treiben. Zuvorderst trifft das die Mieterinnen und
 861 Mieter dieser Stadt.

862 **4.1. Bezahlbare Mieten für alle!**

863 In den Ballungsräumen Deutschlands versagen die Marktmechanismen, ausreichenden Wohnraum
 864 zu gewährleisten. Aus Sicht der LINKEN muss die Stadt Leipzig alles dafür tun, damit Wohnen für
 865 alle Leipzigerinnen und Leipziger bezahlbar bleibt. Die Gesamtmietbelastung in Leipzig beträgt
 866 durchschnittlich 30 Prozent des Einkommens und ist damit anteilig höher als in München.
 867 Mieterhöhungen bringen somit viele Leipzigerinnen und Leipziger an ihre ökonomischen Grenzen.

868 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 869 • die konsequente Ausrichtung der gesamten Stadtverwaltung Leipzig, die sich anbahnende
 870 Wohnungsnot entschieden zu bekämpfen
- 871 • die zügige Einführung sozialer Erhaltungssatzungen, worin Sozialpläne zu integrieren sind
- 872 • Kündigungsschutzklausel-Verordnungen für notwendige Stadtgebiete, um die Mieterinnen
 873 und Mietern besser vor Verdrängung und Entmietung zu schützen
- 874 • die umfassende Anwendung einer funktionierenden Mietpreisbremse beim Abschluss von
 875 Mietverträgen
- 876 • die Anpassung der Kosten der Unterkunft aller zwei Jahre an die reelle
 877 Wohnkostenentwicklung
- 878 • eine Clearingstelle zwischen Mieter und Vermieter sowie eine unabhängige,
 879 niedrigschwellige kostenfreie Mieterberatung, die durch die Stadt finanziert wird
- 880 • die konsequente Bekämpfung von spekulativem Leerstand durch geeignete Maßnahmen wie
 881 die Einführung eines Leerstandkatasters sowie Geldbußen für Eigentümer, die Wohnungen
 882 länger als ein Jahr grundlos leer stehen lassen
- 883 • kooperative, selbstbestimmte und solidarisch agierende Wohnformen wie z. B. Wagenplätze
- 884 • die weitere Einschränkung des Rechts auf Eigenbedarfskündigungen

- 885 • bessere Möglichkeiten des dezentralen Wohnens für Asylsuchende und Geflüchtete
886 • die Durchsetzung strikter Verbote von Zweckentfremdungen.

887 **4.2. Gesellschaftliche Verantwortung der LWB stärken**

888 Die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft ist mit ihren rund 35.000 Wohneinheiten stadtweit das
889 größte Wohnungsunternehmen und damit der wichtigste wohnungspolitische Hebel, über den die
890 Kommune verfügt. Verkaufsabsichten wie in den 2000er Jahren, auch von Teilbeständen, lehnen wir
891 kategorisch ab. Wir wollen die LWB weiter stärken und zugleich in die Pflicht nehmen.

892 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 893 • die Planung der LWB ohne Unternehmensgewinne (kein positives Geschäftsergebnis)
894 • die Tauglichkeit von 50 Prozent des LWB-Wohnungsbestandes für Kosten der Unterkunft
895 • ein Zwangsräumungsmoratorium für Mieterinnen und Mieter der LWB (Housing-First); in
896 problematischen Fällen müssen sämtliche Hilfesysteme herangezogen werden
897 • die Erweiterung des Wohnungsbestandes auf über 40.000 Wohneinheiten; vorrangig soll die
898 Erweiterung in jenen Stadtbezirken erfolgen, in denen der Anteil der LWB-Wohnungen
899 derzeit unter fünf Prozent liegt. Für die Erreichung dieses Zieles soll die Stadt Leipzig die
900 LWB auch finanzielle unterstützen.
901 • dass Sanierungsmaßnahmen neben energetischen Effekten auch auf die Senkung der
902 Bewirtschaftungskosten abzielen; dabei sind die Mieterinnen und Mieter einzubeziehen und
903 Modernisierungsvereinbarungen mit ihnen abzuschließen
904 • dass der Mieterbeirat einen Sitz im LWB-Aufsichtsrat erhält, um die Rechte der Mieterinnen
905 und Mieter zu stärken.

906 **4.3. Wohnungsgenossenschaften – wichtige Partner**

907 Die Leipziger LINKE unterstützt den Genossenschaftsgedanken. Die Wohnungsgenossenschaften
908 sehen wir als originäre Partner bei der Lösung der Wohnungsfrage in Leipzig an. Die Vergangenheit
909 hat gezeigt, dass die Wohnungsgenossenschaften einen wesentlichen Anteil an der Bereitstellung
910 von bezahlbaren und attraktiven Wohnungen leisten und weit darüber hinaus Verantwortung für das
911 Wohnumfeld nehmen.

912 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 913 • die Institutionalisierung eines regelmäßigen Gedankenaustauschs zwischen
914 Wohnungsgenossenschaften und Stadtverwaltung
915 • die intensive Einbindung der Wohnungsgenossenschaften bei der Weiterentwicklung der
916 sozialen, verkehrlichen und öffentlichen Infrastruktur in genossenschaftlich geprägten
917 Wohnquartieren
918 • die Bereitstellung städtischer Grundstücke für vorrangig gemeinnützigen
919 genossenschaftlichen Geschosswohnungsneubau.

920 **4.4. Geschosswohnungsbau ankurbeln**

921 Die kommunalen Einflussmöglichkeiten zur Förderung des lokalen Geschosswohnungsbaus sind im
922 Gegensatz zum Bund und zum Land überschaubar. Hier verfolgt die LINKE den Ansatz der

923 Gemeinnützigkeit im sozialen Wohnungsbau. Neubau, Sanierungen und Modernisierung müssen auf
924 die langfristige Bedarfsdeckung von bezahlbaren Wohnungen für alle, insbesondere aber für
925 Haushalte mit geringem bis mittleren Einkommen angelegt sein.

926 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 927 • die Präferenzierung von Geschosswohnungsbau vor Einfamilienhausbau bei der kommunalen
928 Planung neuer Wohngebiete, da bei gleichem Planungsaufwand deutlich mehr Wohnungen
929 entstehen und die öffentliche Infrastruktur effizient genutzt wird
- 930 • die Einführung eines Wohnbauflächeninformationssystems zur besseren Aktivierung von
931 Flächenpotenzialen zur Nachverdichtung
- 932 • die Unterstützung von Bauträgern, die mit verminderter Renditeerwartungen ein anderes
933 Investitionsklima schaffen
- 934 • die schnellstmögliche Bearbeitung von Bauanträgen für den Geschosswohnungsbau
- 935 • die Einrichtung eines gemeinwohlorientierten und revolvingenden Bodenfonds (ein Fonds,
936 dessen Ressourcen durch die Erlöse aus damit finanzierten Projekten aufgefüllt werden). In
937 den Bodenfonds sollen alle nicht unmittelbar der eigenen Aufgabenerfüllung dienenden
938 kommunalen Grundstücke eingebracht werden (Vorratsgrundstücke). Freigaben und
939 Neubedarfe von Grundstücken werden zwischen dem Bodenfonds und den städtischen
940 Nutzerressorts am Verkehrswert orientiert verrechnet.
- 941 • die Vergabe sämtlicher kommunale Grundstücksvergaben nach einem Konzeptverfahren in
942 Erbbaupacht
- 943 • die intensivere Einbindung der Leipziger Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft zur
944 kommunalen Grundstücksentwicklung, damit eingenommene Erträge in andere kommunale
945 Bauprojekte reinvestiert werden können
- 946 • die Renaissance des standardisierten Bauens in industrieller Fertigteilbauweise bei mittleren
947 und größeren Wohnungsbauprojekten
- 948 • die vermehrte Anwendung von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen in Gebieten mit
949 besonderer Bedeutung für Leipzig.

950 **4.5. Standards im Geschosswohnungsbau halten**

951 Leipzig weist eine zum Teil hohe städtebauliche Qualität auf. Dies ist nicht nur Vermächtnis,
952 sondern Verantwortung zugleich. Mit der anwachsenden Bautätigkeit steigt auch die kommunale
953 Verantwortung, die Marktmechanismen beim Wohnungsbau zu regulieren. DIE LINKE setzt sich für
954 bedarfsorientierten und qualitätsvollen Geschosswohnungsbau ein, der den Renditeerwartungen
955 des Marktes oftmals entgegensteht.

956 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 957 • deutlich mehr Bauleitverfahren, um die städtebaulichen Ziele rechtlich sicher
958 umsetzen zu können
- 959 • eine Kooperative Baulandentwicklung bei allen Bebauungsplänen mit
960 Geschosswohnungsbau mit dem Ziel, sozialen Wohnungsbau in Höhe von mindestens 50 %
961 festzulegen
- 962 • eine Orientierung der städtebaulichen Dichte an den Freiflächenbedarfen von Familien und
963 Kindern
- 964 • verbindliche Vereinbarungen zu Wohnungsgrößen, transferleistungstauglichen Grundrissen

- 965 und zu Baugeboten in städtebaulichen Verträgen
- 966 • die umfängliche Ausschöpfung der sächsischen Richtlinie zur Förderung der Schaffung von
- 967 mietpreis- und belegungsgebundenen Mietwohnungen
- 968 • die Ergänzung der Landesmittel um einen kommunalen Zuschuss, der die Angebotsmiete bei
- 969 Neubauten weiter reduziert
- 970 • eine ausreichende städtische Förderung für alters- und behindertengerechte Anpassungen
- 971 von Wohnungen.

972 **4.6. Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit**

973 Eine stabile und sichere Unterkunft ist für DIE LINKE die Ausgangsbasis zur Lösung aller weiteren

974 individuellen Probleme bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit („Housing First“). Das Halten bzw. die

975 Anmietung eigenen Wohnraums muss im Mittelpunkt stehen.

976 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 977 • die Erweiterung der kommunalen Sozialplanung, um das Thema Wohnungs- und
- 978 Obdachlosigkeit und deren umfassende Untersuchung
- 979 • einen „Leipziger Wohnungsnotbericht“, der Daten über Räumungsklagen, Kündigungen,
- 980 Umzugsaufforderungen durch das Jobcenter und tatsächlich erfolgte Räumungen enthält
- 981 • eine städtische Übernahme von Mietkautionen/Bürgschaften bei den Fällen, wo das
- 982 Jobcenter nicht handelt
- 983 • die stabile finanzielle Absicherung jener Träger, die die kommunale Pflichtaufgabe zur
- 984 Betreuung und Unterbringung von benachteiligten Gruppen auf den Wohnungsmarkt
- 985 übernehmen
- 986 • die zügige Umsetzung weiterer niedrighschwelliger Modellvorhaben für Wohnungslose und
- 987 von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, um ein langfristiges Wohnen jenseits der
- 988 Notunterkunft zu ermöglichen
- 989 • die unbedingte Verhinderung von Zwangsräumungen auf die Straße ohne Bereitstellung
- 990 einer angemessenen Notfallwohnung
- 991 • mehr kommunale Mittel für den kurzfristigen Ankauf von dringend benötigten Mietpreis- und
- 992 Belegungsbindungen.

993 **5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt**

994 Mobilität bedeutet für DIE LINKE Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobil zu sein heißt für uns,
995 die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und
996 Energie gut zu erreichen. Wir wollen den Umweltverbund aus Fußverkehr, Fahrrad und öffentlichem
997 Nahverkehr stärken und die Stadt so gestalten, dass niemand mehr auf ein eigenes Auto
998 angewiesen ist. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb das öffentliche Mobilitätsangebot. Mobilität ist
999 Daseinsvorsorge!

1000 In den letzten Jahren konnte der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr in Leipzig weiter
1001 an Bedeutung gewinnen. Trotzdem gibt es noch immer einen konstant hohen Anteil an Autoverkehr.
1002 Um unser Ziel von sauberer Luft und leiseren Straßen zu erreichen, setzen wir weiterhin auf die
1003 Stärkung des Umweltverbundes. Das bedeutet vor allem Kampf um eine auskömmliche
1004 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau von Fahrradwegen und endlich eine
1005 Verbesserung der Fußwege. Mammutprojekte wie den Ausbau des Flughafens zum zentralen
1006 Frachtflughafen der Bundesrepublik werden wir nicht unterstützen.

1007 **5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken**

1008 Vorfahrt für Bus und Bahn – dafür wird DIE LINKE auch künftig konsequent streiten. In einer
1009 Großstadt mit über 600.000 Einwohnern gibt es dazu keine Alternative, wenn wir Umwelt- und
1010 Lebensqualität sowie Teilhabe für alle wollen. Dazu brauchen wir vor allem ein leistungsfähiges,
1011 solide finanziertes Nahverkehrsunternehmen in kommunaler Hand, welches attraktiv in Netz,
1012 Fahrpreis und Fahrzeugen unterwegs ist. Neue Wege der Finanzierung müssen nach jahrelangen
1013 Diskussionen und Untersuchungen nun auch endlich in Angriff genommen werden. Neben der
1014 Einforderung der Verantwortung von Bund und Land muss auch die Stadt selbst zusätzliches Geld,
1015 über die Querfinanzierung durch die LVV hinaus, bereitstellen.

1016 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1017 • ein solidarisch finanziertes Bürgerticket, das allerdings durch einen entsprechenden
1018 Bürgerentscheid legitimiert werden sollte
- 1019 • eine kostenlose ÖPNV-Nutzung für alle unter 18 Jahren und von Altersarmut betroffene
1020 Seniorinnen und Senioren ab 70 Jahren, um ihnen ein autofreies Leben zu ermöglichen
- 1021 • eine Umgestaltung des Hauptbahnhofsvorplatzes mit Vorrang für Straßenbahn und
1022 Fußgänger
- 1023 • die Erweiterung des Straßenbahnnetzes bis an die Stadtränder
- 1024 • eine bessere ÖPNV-Anbindung der Ortsteile, neuer Wohngebiete und touristischer Ziele, z.
1025 B. durch Verlängerung der Linien 11 und 9
- 1026 • eine dichtere Taktung von Straßenbahnen und Bussen
- 1027 • den Ausbau des Busnetzes für eine bessere Anbindung von Wohnquartieren
- 1028 • eine schrittweise Umrüstung der Busflotte auf Elektromobilität
- 1029 • den Erhalt und die Preisstabilität der LeipzigPass-Mobilcard
- 1030 • die Sicherung stabiler, solider Finanzierungsgrundlagen für den ÖPNV, insbesondere für
1031 einen auskömmlichen Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag
- 1032 • autofreie Sonntage im Stadtgebiet und gleichzeitige kostenlose Nutzung des ÖPNV
- 1033 • die Erstattung von Bahn- und Bustickets durch den Einzelhandel, anstelle von Rabatten auf
1034 Parkgebühren.

1035 **5.2. Fußverkehr fördern**

1036 Zu Fuß unterwegs zu sein, ist gesund und umweltfreundlich. Fußgänger beleben den öffentlichen
1037 Raum, sie befördern die Attraktivität der Großstadt ebenso wie subjektives Sicherheitsempfinden.
1038 In einer dicht bebauten, kompakten Stadt wird der Fußverkehr zunehmend ein wichtiger Teil der
1039 Mobilität. Leider ist der Anteil der Wege, die zu Fuß bewältigt werden, in den letzten Jahren
1040 zurückgegangen. Offensichtlich gibt es Hindernisse und Bedingungen, die das Zu-Fuß-Gehen
1041 unattraktiv machen, so steht z. B. die Forderung nach breiten Fußwegen oft in Konkurrenz mit dem
1042 Bedarf nach Stellplätzen. Fußgänger sind die „schwächsten“ Verkehrsteilnehmer und im
1043 öffentlichen Raum vielfach besonders benachteiligt. Für sie gibt es in großen Teilen Nachholbedarf,
1044 seien es die Fußwege selbst oder auch kombinierte Fuß-/Radwege oder Straßenquerungen. Dabei
1045 gibt es gute Gründe, den Fußverkehr zu befördern, sei es persönliches Wohlbefinden oder die
1046 Vermeidung von Lärm und Schadstoffen oder die kostengünstigere Infrastruktur.

1047 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1048 • die weitere Umsetzung des Konzeptes „Stadt der kurzen Wege“
- 1049 • die Erstellung einer kommunalen Fußverkehrsstrategie (inkl. Zebrastreifenprogramm für
1050 neue, sichere Fußgängerüberwege)
- 1051 • die Umsetzung des Leipziger Fußwegesanierungsprogramms und die Einstellung
1052 ausreichender finanzieller Mittel in die jeweiligen Haushaltsplanungen
- 1053 • die Vernetzung von Fußwegen zwischen wichtigen Zielen und Einrichtungen,
- 1054 • eine gute Begehbarkeit der Fußwege auch für Menschen mit Behinderungen und die
1055 Beseitigung von Stolperquellen
- 1056 • die Gewährleistung der Nutzbarkeit der Wege zu allen Tages- und Jahreszeiten durch
1057 ausreichende Beleuchtung
- 1058 • das Eindämmen von Falschparken auf Fußwegen, z. B. durch verstärkte Kontrollen
- 1059 • ein besseres Miteinander von Fußgängern und Radfahrern
- 1060 • die konsequente Entflechtung von Fuß- und Radverkehr, insbesondere in den
1061 Kreuzungsbereichen
- 1062 • die Entschärfung von Baustellensituationen für Fußgänger
- 1063 • die Schaffung von Möglichkeiten zum Verweilen auf Bänken und an Fußwegen in
1064 Grünanlagen
- 1065 • eine gute Zu-Fuß-Erreichbarkeit des ÖPNV
- 1066 • die Verbesserung der Straßenüberquerungsmöglichkeiten, z. B. beim Überqueren des
1067 Innenstadtrings in einer Ampelphase
- 1068 • die konsequente Beachtung des Blindenleitsystems
- 1069 • eine Schaffung von Orientierungshilfen wie Wegweisungen oder Fußgängerstadtpläne.

1070 **5.3. Radverkehr ausbauen**

1071 Das Fahrrad ist inzwischen über 200 Jahre alt und ist trotzdem eines der modernsten
1072 Verkehrsmittel im 21. Jahrhundert. Es ist leise, gesundheitsfördernd und in einer kompakten Stadt
1073 wie Leipzig ein ideales Fortbewegungsmittel. Für DIE LINKE Leipzig gehört das Fahrrad zum
1074 unverzichtbaren Teil des Umweltverbundes. Leider ist der Anteil des Radverkehrs in den letzten
1075 Jahren nur leicht gestiegen, das ist vor allem den wenigen Investitionen in die Radinfrastruktur
1076 geschuldet. Noch immer weist das Hauptwegenetz große Lücken auf, die es zu schließen gilt.

1077 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1078 • die Bereitstellung von mindestens 15 Prozent der Straßenbauinvestitionen für die Förderung
1079 des Radverkehrs
- 1080 • die Erweiterung der Radfahrspuren auf allen Hauptstraßen
- 1081 • die konsequente Lückenschließung von Fahrradwegen, insbesondere um den Leipziger
1082 Innenstadtring
- 1083 • die Schaffung von mehr Fahrradschutzstreifen, vor allem in den Ortschaften
- 1084 • die Eindämmung des Falschparkens auf Radwegen durch verstärkte Kontrollen, z. B. auf der
1085 Karl-Liebknecht-Straße
- 1086 • eine kommunale Förderung von Elektro- und Lastenrädern
- 1087 • mehr Fahrradabstellmöglichkeiten und die Schaffung von Fahrradgaragen
- 1088 • einen zuverlässigen Winterdienst auf starkfrequentierten Radwegen
- 1089 • die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Radwege.

1090 **5.4. Autoverkehr vermeiden**

1091 Mit zunehmendem Bevölkerungswachstum wächst auch die Zahl der PKW in Leipzig. Schon heute
1092 stößt das vorhandene Straßennetz an seine Kapazitätsgrenzen. Die Hauptverkehrsstraßen sind
1093 dreckig und laut. Gerade einkommensschwache Haushalte leben an diesen Hauptstraßen und
1094 leiden an den gesundheitlichen Folgen von Lärm und Dreck. Leipzig ist eine Gründerzeitstadt und
1095 hat nur eingeschränkten Platz im öffentlichen Raum, welcher allen zur Verfügung stehen sollte. Um
1096 das Verkehrschaos dennoch zu vermeiden, ist DIE LINKE davon überzeugt, dass eine Reduzierung
1097 des motorisierten Individualverkehrs im Vordergrund der Politik stehen muss. Davon würden vor
1098 allem die profitieren, die auf das Auto angewiesen sind, z. B. Handwerker, soziale Dienste und
1099 Taxen.

1100 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1101 • die Stärkung von Carsharing und die Ausweisung von Carsharing-Stellplätzen im
1102 öffentlichen Raum
- 1103 • die Weiterentwicklung der autoarmen Innenstadt und den Verzicht auf die Ausweitung der
1104 Einfahrtgenehmigungen
- 1105 • innovative Konzepte zur Verkehrsberuhigung in Wohnvierteln, z. B. durch Sackgassen- und
1106 Einbahnstraßensysteme
- 1107 • Lösungen der Parkplatznot in den Wohngebieten, u. a. durch konsequentes Einrichten von
1108 Anwohnerparkplätzen
- 1109 • den konsequenten Ausbau des Park-and-Ride-Systems
- 1110 • die Sanierung der vorhandenen Straßen statt Neubau
- 1111 • die Ausweitung von Geschwindigkeitsfestsetzungen auf 30 km/h auch auf Hauptstraßen
- 1112 • die Durchsetzung eines LKW-Durchfahrtsverbotes sofern es keine Ziele innerhalb der Stadt
1113 gibt
- 1114 • die Prüfung neuer logistischer Möglichkeiten für die Belieferung der Handelseinrichtungen in
1115 der City
- 1116 • eine Unterstützung der mittelständischen Unternehmen bei der mittelfristigen Umstellung
1117 auf E-Autos
- 1118 • die konsequente Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr und öffentlicher Raum.

1119 **6. Wir alle sind Leipzig – Für eine aktive Bürgerstadt**

1120 Leipzig hat eine über 1000 Jahre alte, wechselvolle Geschichte. Diese ist für die Leipzigerinnen und
 1121 Leipziger identitätsstiftend. Unsere Stadt hat sich in den vergangenen Jahrhunderten als weltoffene
 1122 Bürgerstadt entwickelt, die tolerant, friedlich, engagiert und auch aufmüpfig ist. Diese Traditionen
 1123 gilt es zu bewahren und weiterzuführen. Gerade Leipzigs Vielfalt ist eine Chance für Integration und
 1124 ein friedliches Zusammenleben in der wachsenden Stadt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, allen
 1125 Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, insbesondere jenen, die aus
 1126 ihrem Herkunftsland flüchten mussten. DIE LINKE pflegt eine aufgeschlossene Willkommenskultur.
 1127 Wir verstehen uns als konsequent weltoffene und tolerante Partei.
 1128 In Leipzig beteiligen sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung des städtischen
 1129 Lebens. Ein Bürgerentscheid hatte seinerzeit den Verkauf der kommunalen Stadtwerke verhindert,
 1130 Bürgervereine und Initiativen setzen sich für die vielfältigsten Belange in ihren Ortsteilen ein.
 1131 Für eine möglichst breite Bürgerbeteiligung muss es noch bessere Rahmenbedingungen geben. Auf
 1132 Landesebene fordert DIE LINKE deshalb die Herabsetzung des Wahlalters in Kommunen auf 16
 1133 Jahre, wie es in anderen Bundesländern selbstverständlich ist. Das Kommunalwahlrecht soll auf
 1134 Landes- und Bundesebene auch für lange hier lebende Menschen ohne deutschen Pass eingeführt
 1135 werden. Das hohe Quorum für Bürgerentscheide soll in Sachsen deutlich gesenkt werden.

1136 **6.1. Stadtgesellschaft lebt von der Mitwirkung der Bürger – auch im digitalen Zeitalter**

1137 Von demokratischer Teilhabe lebt die Stadtgesellschaft. Das ist in Leipzig gute Tradition und das hat
 1138 in einer wachsenden Stadt auch gute Perspektiven.

1139 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1140 • die Durchführung von Bürgerentscheiden zu politisch bedeutsamen Fragen wie die
 1141 Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV oder die Entscheidung über ein Freiheits- und
 1142 Einheitsdenkmal in Leipzig
- 1143 • die Aufwertung der Stadtbezirksbeiräte zu Ortschaftsräten, die von den Bürgerinnen und
 1144 Bürgern direkt gewählt werden und über konkrete Mitbestimmungsrechte verfügen
- 1145 • die verbindliche Berücksichtigung von Belangen der Ortschaftsräte im Stadtrat
- 1146 • eine angemessene und wirksame Budgetverwaltung für Stadtbezirksbeiräte bei
 1147 Stadtteilverhaben
- 1148 • die Einführung eines funktionsfähigen und verbindlichen Bürgerhaushaltes und eines
 1149 öffentlich nachvollziehbaren Haushaltsrechners
- 1150 • für eine transparente und bürgerfreundliche Informationspolitik der Stadtverwaltung

1151 Die Zahl der in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten wächst. Aber nicht nur
 1152 Geflüchtete, sondern vor allem Menschen aus EU-Staaten und Familienangehörige von
 1153 bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten finden den Weg in die Stadt, um hier zu leben.
 1154 Diese Entwicklung stellt sowohl Chance als Herausforderung dar. Dabei müssen Barrieren und
 1155 Hemmnisse abgebaut werden, um ein friedliches, vielfältiges Zusammenleben aller Menschen in der
 1156 Stadt zu ermöglichen.

1157 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1158 • die weitere Stärkung des Migrantenbeirats und die Schaffung der Möglichkeit der direkten
 1159 Wahl der Mitglieder des Beirats

- 1160 • die Förderung, Vernetzung und Qualifizierung von Selbstorganisationen, interkulturellen
- 1161 Vereinen und (Ehrenamts)Initiativen der Geflüchteten-Unterstützung
- 1162 • die Stärkung und Förderung von Beratungsstellen, die im Bereich der Antidiskriminierung,
- 1163 des Antirassismus und der Unterstützung von Opfern rechter Gewalt arbeiten
- 1164 • den konsequenten Einsatz der Stadt Leipzig gegen Antisemitismus, Rassismus und anderen
- 1165 Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durch öffentliche Positionierung
- 1166 sowie die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten.

1167 Die Digitalisierung erfasst immer mehr individuelle Lebensbereiche. Für einen Großteil der
1168 Menschen bringt die Digitalisierung Erleichterungen im Alltag, andere jedoch – insbesondere ältere
1169 Menschen – können mit ihr kaum Schritt halten. Das Konzept der Smart City birgt darüber hinaus
1170 die Gefahr, das urbane Alltagsleben immer mehr technokratisch zu beeinflussen oder den
1171 Datenschutz auszuhöhlen.

1172 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1173 • barrierefreiere Online-Zugänge zur Stadtverwaltung, auch für Menschen mit geringen
- 1174 technischen und sprachlichen Kenntnissen
- 1175 • ein kostenloses WLAN im gesamten Leipziger Stadtgebiet
- 1176 • einen politisch verbindlichen Leitfadens zur digitalen Transformation der Stadt Leipzig
- 1177 • den Aufbau lokaler und dezentralisierter Online-Dienste und Apps gegen die Abhängigkeit
- 1178 von marktbeherrschenden Technologieunternehmen
- 1179 • Städtezusammenschlüsse zur Realisierung digitaler Bürgerprojekte.

1180 **6.2. Leipzig schreibt lebendige Geschichte**

1181 DIE LINKE ist den historisch gewachsenen demokratischen Traditionen unserer Stadt, insbesondere
1182 der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung, der Turn- und Sportbewegung und der
1183 Entwicklung der Kleingartenvereine verpflichtet. Die revolutionären sozialdemokratischen
1184 Traditionen in unserer Stadt wollen wir durch ein angemessenes Andenken an ihre Mitbegründer
1185 August Bebel und Wilhelm Liebknecht ehren.

1186 Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns besonders in
1187 der heutigen Zeit. Gerade angesichts der rechtspopulistischen Verharmlosung der Verbrechen des
1188 Faschismus wollen wir Orte des Gedenkens an Strukturen und Opfer, aber auch an den
1189 antifaschistischen Widerstand stärker betonen.

1190 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1191 • die Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit, bei denen die Aufarbeitung
- 1192 des Faschismus im Mittelpunkt steht
- 1193 • eine eigene Erinnerungskultur an die Opfer rechter Gewalt der Gegenwart.

1194 Der Umgang mit Gedenk- und Erinnerungsorten sowie die Benennung von Straßen, Plätzen und
1195 Schulen sind ein wichtiger Gegenstand identitätsstiftender Erinnerungskultur. Geschichte ist so
1196 nicht nur in den Museen, sondern im gesamten Stadtbild erlebbar. Unsere Stadt braucht diese Orte,
1197 um lebendig zu sein. Dabei ist Stadtgeschichte nicht allein die Geschichte der historischen
1198 Kernstadt. Sie ist auch die Geschichte der Stadt- und Ortsteile, die im Kontext zur Gesamtstadt
1199 steht.

1200 DIE LINKE setzt sich für eine Betrachtung der Vergangenheit aus verschiedenen Perspektiven und
1201 für eine offene Diskussion historischer Fragen ein. Einseitige Sichtweisen und verordnete

1202 Gedächtnisse haben es längst verdient, pluraler Erinnerungskultur zu weichen. Das gilt besonders
 1203 für die unvollendete Revolution von 1989, die nun dreißig Jahre zurückliegt. Die Zahl derjenigen
 1204 wächst, die keine eigene Erinnerung mehr damit verbinden. Es ist endlich an der Zeit, dass
 1205 Bürgerinnen und Bürger selbst über ein Einheits- und Freiheitsdenkmal in Leipzig entscheiden.
 1206 Dafür setzen wir uns weiterhin ein.

1207 **6.3. Kultur auf allen Ebenen**

1208 Das wertvolle und in seiner Vielfalt einmalige Kulturleben Leipzigs muss erhalten und entwickelt
 1209 werden. Dazu sollen Verlässlichkeit und hinreichende Zuschüsse für die Stabilität bewährter
 1210 Strukturen im Bereich der Eigenbetriebe Kultur sorgen.

1211 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1212 • eine stabile Zuschussvereinbarung der Stadt Leipzig mit ihren Eigenbetrieben Kultur
- 1213 • die finanzielle Absicherung der städtischen Kultureinrichtungen
- 1214 • die Vertiefung der Zusammenarbeit der großen Häuser mit Schulen, Bildungseinrichtungen
 1215 und der Freien Szene
- 1216 • sozialverträgliche Eintrittspreise
- 1217 • die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Subunternehmen der
 1218 Eigenbetriebe Kultur (z. B. Garderobe, Sicherheitspersonal)
- 1219 • eine Verdopplung des Etats für die Freie Szene und eine dynamische Erhöhung dieses Etats
 1220 um jährlich fünf Prozent.

1221 Das Schwerpunktthema kulturelle und ästhetische Bildung muss weiterentwickelt werden. Kinder
 1222 und Jugendliche brauchen Teilhabe an Kultur. Ohne sie fehlen ihnen wichtige Kompetenzen. Das
 1223 kann nicht nur einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entgegenwirken,
 1224 sondern begünstigt letztlich sogar Ausgrenzung. Deswegen muss Kultur allen möglichst überall in
 1225 der Stadt zugänglich gemacht werden.

1226 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1227 • freien Eintritt für alle Dauerausstellungen der städtischen Museen
- 1228 • die Einrichtung eines zusätzlichen Budgets und eine spezifische Fachförderrichtlinie für die
 1229 Zusammenarbeit von Freien Kulturakteurinnen und -akteuren mit Bildungseinrichtungen wie
 1230 Kitas, Schulen und Horten
- 1231 • die Umsetzung der Richtlinie Kunst am Bau bei allen kommunalen Bauvorhaben, besonders
 1232 bei Schulen und Kitas
- 1233 • die Umsetzung einer Strategie für Kunst im öffentlichen Raum
- 1234 • kulturelle Vielfalt und Diversität als Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft
- 1235 • den Ausbau von kulturellen Bildungs- und Vermittlungsangeboten, einschließlich der
 1236 entsprechenden Honorare für die unterschiedlichen Zielgruppen unserer zunehmend
 1237 diversen Stadtgesellschaft sowie die Stärkung und Förderung von kulturellen Vorhaben von
 1238 Migrantinnen und Migranten
- 1239 • die Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommunaler Einrichtungen und
 1240 Tochtergesellschaften im Bereich interkulturelle Kompetenz.

1241 Um kulturelle Vielfalt zu sichern, brauchen Kulturschaffende Räume. Diese werden in Leipzig aber
 1242 zunehmend knapp und teuer. Stadteigene Gebäude sollen je nach aktuellem und langfristigem

1243 Bedarf kulturell weiter genutzt werden. Dazu zählen auch leerstehende Gebäude wie ehemalige
1244 Gemeindeämter, Rathäuser und Bibliotheken. Diese müssen dazu in städtischer Hand bleiben.

1245 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1246 • beteiligungsorientierte und nachbarschaftsorientierte Konzepte wie die Nutzung des „Kinos
1247 der Jugend“ als Soziokulturelles Zentrum und der „Ostwache“ als Raum für Kulturschaffende
- 1248 • einen Maßnahmeplan, um preiswerte Atelier- und Probenräume langfristig in Leipzig zu
1249 sichern
- 1250 • ein Konzept zur Umnutzung von kommunalen Gebäuden in Atelierräume, um Leipzig als
1251 Kunstort zu erhalten und die Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern bei der
1252 Raumsuche
- 1253 • die Sanierung des Bandhaus 2.0 der Bandcommunity, um mehr Proberäume zu schaffen und
1254 Schäden am Gebäude zu verhindern.
- 1255 • die Unterstützung bei der Realisierung eines Filmkunsthauses, um Filmkunst langfristig in
1256 Leipzig zu sichern
- 1257 • die finanzielle Absicherung des traditionsreichen DOK-Filmfestivals.

1258 Für DIE LINKE heißt Digitalisierung vor allem auch Medienbildung. Wir brauchen dafür
1259 pädagogische Konzepte und die entsprechende Ausstattung von Schulen und kulturellen
1260 Einrichtungen. Wir wollen digital erlebbare Museen. Die Volkshochschule und die städtischen
1261 Bibliotheken sollen an dieser Entwicklung beteiligt werden und Weiterbildungen speziell für
1262 Pädagoginnen und Pädagogen anbieten. In der wachsenden Stadt müssen wir die Bibliotheken
1263 erhalten. Denn eine Gesellschaft ohne Bibliotheken hat keine Zukunft.

1264 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1265 • die Digitalisierung des Bestandes der Museen
- 1266 • ein Nutzungskonzept eCulture
- 1267 • den Ausbau der Stadtteilbibliotheken in Paunsdorf, Schönefeld, am Runkiplatz und in der
1268 Südvorstadt nach dem Vorbild der Georg-Maurer-Bibliothek in Plagwitz
- 1269 • den Erhalt der Bibliothek in Holzhausen
- 1270 • die Ausstattung der Bibliotheken durch digitale Angebote und
1271 die Förderung von E-Learning
- 1272 • die Aufstockung des Medienetats und die Absicherung des Personals inklusive der
1273 Medienpädagogik.

1274 Mit dem Bildungszentrum Grünau werden Stadtteilbibliotheken und Bürgeramt zentralisiert. Wir
1275 setzen uns für eine auskömmliche finanzielle Untersetzung des Bildungszentrums ein, damit in
1276 Grünau ein Ort der Kultur und Bildung bestehen bleibt. In der Volkshochschule und der Musikschule
1277 müssen dringend die Honorare der Dozentinnen und Dozenten angepasst werden, um eine faire
1278 Bezahlung abzusichern. Bürokratische Hürden für einen Mehrverdienst freier Mitarbeiter müssen
1279 dabei reduziert werden. Außerdem sollen möglichst viele Honorarstellen in feste Stellen
1280 umgewandelt werden. Seit langem fordern wir ein Sportmuseum. In der kommenden Wahlperiode
1281 muss der Plan dazu endlich umgesetzt werden.

1282 **6.4. Für eine sportliche Zukunft – von der Breite bis zur Spitze**

1283 Fast dreiviertel aller Leipzigerinnen und Leipziger sind sportlich aktiv, davon sind etwa
 1284 hunderttausend als Mitglieder in Leipziger Sportvereinen organisiert. In der wachsenden Stadt
 1285 steigen auch die Anforderungen an den organisierten und individuellen Sport. Deshalb stehen wir
 1286 für die weitere Ertüchtigung der Sportinfrastruktur in Leipzig. Die dafür im Sportprogramm 2024
 1287 und im Integrierten Stadtentwicklungskonzept „Leipzig 2030“ (INSEK) vorgesehenen Maßnahmen
 1288 müssen finanziell untersetzt werden.

1289 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1290 • den Neubau einer wettkampfgeeigneten Sporthalle in Böhlitz-Ehrenberg
- 1291 • den Neubau von Sportplatzanlagen, insbesondere in den Stadtbezirken Ost, West, Nord und
 1292 Süd
- 1293 • den Neubau mindestens einer Schwimmhalle, bevorzugt im Stadtbezirk Süd
- 1294 • die weitere Sanierung Leipziger Sportstätten (insbesondere der Radrennbahn, der Anlagen
 1295 im Stadion des Friedens, im Alfred-Kunze-Sportpark, im Bruno-Plache-Stadion und auf der
 1296 Sportanlage Teichstraße)
- 1297 • Neubau und Ertüchtigung von Sport- und Freizeitanlagen im öffentlichen Raum, so
 1298 wohnortnahe Bolzplätze, Skateboard-, Boulder- und Bike-Anlagen sowie Trimm-dich-Pfade
 1299 und Spielangebote
- 1300 • Maßnahmen, die eine längere Nutzung von Sportplatzanlagen ermöglichen wie
 1301 Kunstrasenplätze und Beleuchtungsanlagen
- 1302 • die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Bodenbeläge sowie die Erweiterung der
 1303 Radewegeverbindungen, einschließlich Lückenschließung
- 1304 • eine bessere personelle Begleitung der Sportvereine bei baulichen Investitionen durch die
 1305 Verwaltung
- 1306 • eine angemessene und dem jeweiligen Bedarf angepasste Förderung der Pachtvereine zur
 1307 Unterhaltung und Ertüchtigung der Sportflächen
- 1308 • mehr Hallen- und Platzwarte auf den Leipziger Sportanlagen durch Schaffung von
 1309 30 festen Stellen.

1310 Zur Sportstadt Leipzig gehört ein leistungsfähiger Spitzensport. Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1311 • den Erhalt des Olympiastützpunktes in Leipzig
- 1312 • die Sicherung der Trainingsstätten für den Hochleistungssport, insbesondere den
 1313 Schwimmsport

1314 Die Voraussetzungen für Spitzenleistungen im Hochleistungssport werden im Schul- und
 1315 Breitensport geschaffen. Vom Kleinkindalter an ist Sport eine wichtige Basis für ein gesundes
 1316 Leben.

1317 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1318 • die infrastrukturelle Gewährleistung und Absicherung des lehrplangerechten Schulsports
- 1319 • mehr Bewegungsangebote für Kleinkinder und Kinder in Kitas, Schulhorten und
 1320 Sportvereinen
- 1321 • geförderte Kooperationen zwischen (Grund-)Schulen, Kitas und Sportvereinen
- 1322 • die Nutzung der Schulsportinfrastruktur durch den organisierten Sport und Öffnung für
 1323 nichtorganisierten Freizeitsport

- 1324 • die Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen den Leipziger Hochschuleinrichtungen
1325 und den Leipziger Sportvereinen.

1326 Sport verbindet. Er bietet Möglichkeiten und Chancen für Integration und ein faires Miteinander.

1327 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1328 • für ein besser gefördertes Ehrenamt in den Leipziger Sportvereinen u. a. angesichts der
1329 Herausforderungen von Integration und Inklusion
1330 • den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport beispielsweise für
1331 Migrantinnen und Migranten sowie für Menschen mit Behinderungen erschweren.

1332 **6.5. Moderne und bürgernahe Verwaltung**

1333 Den Anforderungen einer wachsenden Stadt in einer zunehmend digitalisierten Welt muss sich auch
1334 die Leipziger Stadtverwaltung stellen. Die Entwicklung der Verwaltung muss dem realen Wachstum
1335 der Stadt entsprechen. Die Personalvorgaben des Freistaats, die diese Fakten nicht
1336 berücksichtigen, können dafür keine Grundlage sein. Ständige Mehrarbeit, Arbeitsverdichtung und
1337 Überlastung des Personals können nicht länger hingenommen werden. Denn zufriedene
1338 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht nur zufriedene Bürgerinnen und Bürger, sie sorgen auch
1339 für zufriedene Bürgerinnen und Bürger.

1340 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1341 • die solide Ermittlung des künftigen Personalbedarfs
1342 • ein modernes Personalentwicklungskonzept, das die Attraktivität der städtischen
1343 Arbeitsplätze erhöht
1344 • eine offensive Personalgewinnung in Bereichen, wo akuter Personalmangel herrscht
1345 • die nahtlose Wiederbesetzung freiwerdender Stellen
1346 • ein Nachfolgemanagement für Aufgaben mit besonderen Qualifikationen und
1347 Erfahrungswissen
1348 • die Nutzung moderner digitaler Technik nicht für die Streichung von Stellen, sondern als
1349 Chance für bessere Arbeitsbedingungen und hochwertige Dienstleistungen
1350 • eine moderne IT-Steuerung zur schnelleren, transparenteren und bürgerfreundlicheren
1351 Gestaltung von Verwaltungsvorgängen
1352 • einen städtischen Betriebskindergarten
1353 • die Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements
1354 • die Stärkung der kommunalen Ansprechpartner vor Ort, vor allem der Bürgerämter

1355 Die zunehmende Internationalität unserer Stadt stellt auch in der Verwaltung das Personal vor
1356 große Herausforderungen. Um diese zu meistern und um Migrantinnen und Migranten besser
1357 einzubeziehen, setzen wir uns ein für:

- 1358 • die wirksame Umsetzung der Maßnahmen zur Integration und Teilhabe von Migrantinnen
1359 und Migranten
1360 • einen höheren Anteil von Migrantinnen und Migranten in verantwortlichen Positionen der
1361 Stadtverwaltung
1362 • die gezielte Gewinnung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund für
1363 Ausbildungsberufe innerhalb der Stadtverwaltung
•

- 1364 • den Einsatz von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern im Gesundheitswesen, in Behörden,
1365 Ämtern und Bildungseinrichtungen
- 1366 • Fortbildungsmaßnahmen für Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und
1367 Pädagoginnen und Pädagogen zum Erwerb interkultureller Kompetenz.

1368 * * *

1369 Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,

1370 vielen Dank für Ihr Interesse am Kommunalwahlprogramm der LINKEN. Wie eingangs schon
1371 erwähnt, bilden diese Aussagen auch das Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen
1372 Stadtrat. Es ist inhaltlich anspruchsvoll und zugleich realistisch. Es zeigt klare Perspektiven für
1373 unsere Stadt in den nächsten fünf Jahren. Daher möchten wir mit Ihnen nicht nur in der
1374 vergleichsweise kurzen Wahlkampfzeit, sondern auch danach im Dialog bleiben, um Sie davon zu
1375 überzeugen:

1376 **DIE LINKE ist eine Partei für den Alltag, nicht nur für den Wahltag.**

Inhaltsverzeichnis

Die Stadt gehört allen!..... 1

Präambel..... 1

1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit..... 3

 1.1. Gute Arbeit – gute Löhne, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung, prekäre Beschäftigung zurückdrängen..... 3

 1.2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen..... 4

 1.3. Solide kommunale Unternehmen als Garanten zuverlässiger Infrastruktur und Daseinsvorsorge..... 5

 1.4. Zukunft finanzieren durch solides Haushalten..... 5

2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben..... 7

 2.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht..... 7

 2.2. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche..... 8

 2.2.1. Eine gute Kita-Betreuung für alle Kinder..... 8

 2.2.2. Für gute Schule und Bildung..... 9

 2.2.3. Umfassende Unterstützung und Förderung von Familie, Kindern und Jugendlichen. 10

 2.3. In Leipzig studieren und forschen..... 12

 2.4. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter..... 13

 2.5. Gleichstellung aller Geschlechter..... 13

 2.6. Inklusives Denken und Handeln fördern..... 14

 2.7. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege..... 15

 2.8. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention..... 16

3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung..... 18

 3.1. Für eine ganzheitliche Energiewende und klimagerechte Stadtentwicklung..... 18

 3.2. Leben in einer Grünen Stadt..... 19

 3.3. Freiräume erhalten und Bauflächen verantwortungsvoll nutzen..... 19

 3.4. Soziale Bodenpolitik kontra Grundstücksspekulation..... 20

 3.5. Global denken – lokal Handeln..... 21

4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen..... 22

 4.1. Bezahlbare Mieten für alle!..... 22

 4.2. Gesellschaftliche Verantwortung der LWB stärken..... 23

 4.3. Wohnungsgenossenschaften – wichtige Partner..... 23

 4.4. Geschosswohnungsbau ankurbeln..... 23

 4.5. Standards im Geschosswohnungsbau halten..... 24

 4.6. Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit..... 25

5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt..... 26

 5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken..... 26

 5.2. Fußverkehr fördern..... 27

 5.3. Radverkehr ausbauen..... 27

 5.4. Autoverkehr vermeiden..... 28

6. Wir alle sind Leipzig – Für eine aktive Bürgerstadt..... 29

 6.1. Stadtgesellschaft lebt von der Mitwirkung der Bürger – auch im digitalen Zeitalter..... 29

 6.2. Leipzig schreibt lebendige Geschichte..... 30

 6.3. Kultur auf allen Ebenen..... 31

 6.4. Für eine sportliche Zukunft – von der Breite bis zur Spitze..... 32

 6.5. Moderne und bürgernahe Verwaltung..... 34